

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



■ DIE NOVEMBERREVOLUTION 1918 IN DEUTSCHLAND:

Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete

Die Novemberrevolution hatte einen Doppelcharakter: Die Revolution der Arbeiterklasse fegte die Monarchie hinweg, aber die Konterrevolution sammelte sich unverzüglich, mitgetragen vom rechten Flügel des deutschen Reformismus. Der Ursprung der Spaltung der Arbeiterbewegung liegt weit zurück in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Zu den Ergebnissen der Novemberrevolution gehört die Entstehung der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Aber sie wurde geschlagen, weil sie noch nicht die Zeit und die Umstände hatte, sich zu einer wirksamen und anerkannten Kraft zu entwickeln. Einschneidende Fortschritte gegenüber dem wilhelminischen Kaiserstaat wurden erreicht, wie etwa die republikanische Staatsform, das Frauenwahlrecht, der Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften. Die Entscheidung für den bürgerlichen Staat fiel aber früh: im ersten Reichskongress der Arbeiter-

und Soldatenräte Mitte Dezember. Mit dem Ausgang des Machtkampfs wurde nicht nur die sozialistische Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft verhindert, sondern es konnte andererseits auch keine dauerhafte bürgerliche Demokratie gebildet werden. Im Folgenden untersuchen wir die Voraussetzungen, Bedingungen und den Verlauf der revolutionären und konterrevolutionären Ereignisse, die Kräfteverhältnisse der beteiligten Lager und die Konsequenzen für das bürgerliche Demokratieverständnis in Deutschland.

Zur allgemeinen Lage in Deutschland 1918

In den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland eine der großen Industrienationen Europas. Seine Entwicklung nach der Reichsgründung 1871 war

stürmisch verlaufen: 1862 lagen die Staaten des späteren Deutschen Reiches mit 4,9 Prozent der Weltindustrieproduktion an fünfter Stelle (Großbritannien an erster); 1913, in einem halben Jahrhundert, hatte sich der Produktionsausstoß der deutschen Industrie vervierfacht, Großbritannien damit überholt und stand (nunmehr hinter den USA) auf Platz 2. Während zwischen 1886 und 1910 der britische Stahlausstoß um 154 Prozent gestiegen war, hatte sich der deutsche im gleichen Zeitraum um 1335 Prozent erhöht. Ähnliche Zahlen finden sich in anderen Industriebereichen wie Chemie- und Elektroindustrie und im Außenhandel. Das Deutsche Reich war eine zentrale europäische Großmacht, gegründet auf diese Wirtschaftsstärke, eine große Armee und eine vergleichsweise militarisierte Gesellschaft. Weltpolitisch sah es jedoch anders aus. Für eine wirkliche Weltmachtrolle fehlte es an großen, einträglichen Kolonien und einem weltweit vernetzten Stützpunktsystem. Die Reichsgründung war im Vergleich zu älteren westeuropäischen Nationalstaaten spät erfolgt, der deutsche Imperialismus ein aggressiver Unruhefaktor in der Weltpolitik. Auf die internationale Konfliktlage, die zum Ersten Weltkrieg führte, können wir hier nur verweisen (weitere Ausführungen vgl. Arbeiterpolitik 4/2014, S. 19 – 22).

Der wirtschaftlichen Macht der deutschen Bourgeoisie entsprach jedoch nicht ihre gesellschaftliche: »Nach der Reichsgründung nahm sie einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und bestimmte damit wesentlich und zunehmend die weitere Entwicklung Deutschlands (Arpo 4/2014, S. 20).« Im politischen Überbau aber war der preußische Adel weiterhin die bestimmende und gesellschaftlich tonangebende Macht. Es handelte sich hier um ein Erbe der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848. Damals hatte die Bourgeoisie aus Furcht vor den ersten Regungen einer Arbeiterbewegung (1844 Weberaufstand in Schlesien, 1848 Berliner Märzunruhen und Juniaufstand des Proletariats in Paris) ihre eigene Existenz als gefährdet gesehen und sich schnell mit der feudalen Reaktion geeinigt. Nur deshalb war das Junkertum die regierende Macht in Preußen/Deutschland geblieben, obwohl seine materielle Basis – die spätf feudale Gutsherrschaft – durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts weitgehend zerstört worden war. Diesen Kurs behielten die nach der gewaltsamen Bismarck'schen Reichsgründung im gemeinsamen Interesse, aber auch mit internen Widersprüchen herrschenden Klassen bei. Zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung dienten Strukturen und Maßnahmen wie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, die polizeiliche und militärische Unterdrückung von Streiks und zeitweise das Sozialistengesetz. Ein wirklich demokratisches Wahlrecht, das also allen Personen gleiches Stimmgewicht garantierte und die Frauen einschloss, gab es damals nirgends in Europa. Insgesamt war aber ein Gefälle festzustellen von den weiter entwickelten bürgerlichen Demokratien des Westens über die konstitutionellen Monarchien in Mitteleuropa bis zum autokratischen Zarenregime im Osten.

Zu Entwicklungsstand und Lage der Arbeiterklasse

Um den Entwicklungsstand und die Lage der Arbeiterklasse in der gebotenen Kürze wenigstens umreißen zu können, bringen wir im folgenden zwei Zitate aus der »Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution« (Autorenkollektiv, Original Berlin 1929, Reprint Frankfurt 1970, S. 56 – 58):

»Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes 1890 setzt dann ein starker Aufstieg ein, der mit Schwankungen bis zum Weltkrieg anhält. Das ist die Zeit der mächtigen Entwicklung der Gewerkschaften, der etwa bis zum Jahre 1906 immer mehr anschwellenden Streikbewegungen, der immer

günstigeren und nur kurz unterbrochenen Hochkonjunkturen. Die Zahlen über die (tendenziell steigenden, Anm. d. Red.) Löhne ergeben aber ein falsches Bild, wenn man sie als Grundlage für die Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse nehmen wollte. Hier sind die notwendigen Ausgaben der Arbeiterfamilie, namentlich die Lebensmittelpreise, in den jeweiligen Epochen zu berücksichtigen, und da zeigt sich, wie weit die Arbeiterklasse hinter der Entwicklung des Reichtums zurückgeblieben ist, wie diese Reichtumsentwicklung sich auf Kosten der Arbeiterklasse vollzogen hat. Bis in die neunziger Jahre hinein haben wir ein fast ununterbrochenes Sinken der Weltmarktpreise für Getreide, Fleisch usw., hervorgerufen durch die amerikanische und russische Konkurrenz. Dann aber folgt mit der Industrialisierung ein noch rascheres Steigen aller Lebensmittelpreise, das seit 1906 durch den Zolltarif in Deutschland noch gefördert wird. Dazu kommt mit der Erweiterung der Großstädte ein ebenso unaufhaltsames Steigen der Wohnungsmieten, ferner das Anwachsen der Steuern und vieles andere, das den Arbeiterhaushalt stärker belastet.«

Über die Entwicklung von Unterschieden und Widersprüchen innerhalb der Klasse heißt es: »Noch am Anfang der neunziger Jahre sind die Unterschiede in der Arbeiterschaft in Bezug auf Lohn und Lebenshaltung geringfügig, es ist eine einheitliche graue Masse. Mit der Entwicklung der Großindustrie wachsen die Unterschiede einmal, weil die verschiedenen Berufe mit der komplizierteren Technik eine ganz verschiedene Vorbildung verlangen, zweitens, weil die Unternehmer in ihren Betrieben eine immer weiter verfeinerte Organisation mit hierarchischer Gliederung der Arbeitermasse durchführen müssen und die Zahl der Angestellten in immer schnellerem Tempo wächst. So bildet sich aus den Angehörigen bestimmter bevorzugter Berufe, aus Kolonnenführern, Vorarbeitern, Meistern, kaufmännischen und technischen Angestellten eine Arbeiteraristokratie heraus, deren Lebenshaltung weit über dem Durchschnitt der Arbeitermasse steht, die auch ihrer sozialen Funktion

INHALT · Heft Nr. 4 · AUGUST 2018 · Jg. 59

Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete	1
100 Jahre Sozialpartnerschaft und Volksgemeinschaft BDA und DGB feiern ihre Verbundenheit	11
Novemberrevolution 1918	
Kundgebung vor dem Brandenburger Tor	17
Hessische Landtagswahl 2018: Parteien im Angebot	20
Wirkungslose Proteste gegen die AfD	23
Kommentar: Niedergang der Unionsparteien	24
Korrespondenz: 250.000 Menschen beteiligten sich an #unteilbar-Demo	26
Buchbesprechung: Kohei Saito, Natur gegen Kapital	29
Finnland: Beschäftigte solidarisch mit Erwerbslosen	32

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Wohnverhältnisse in Berliner Mietskasernen um 1905

nach den Massen übergeordnet ist, eine relativ gesicherte Existenz und andere Interessen hat als das Massenheer der Proletarier. Diese Arbeiteraristokratie wird ein konservatives Element. Und sie bildet gerade das geistig beweglichste, einflussreichste Element in der Arbeiterklasse. Sie bestimmt in hohem Maße das gesamte Denken der Masse und bildet auch in den Arbeiterorganisationen eine führende Schicht. Zwischen der Klassenlage des Proletariats und ihrem gesellschaftlichen Denken und politischen Handeln entwickelte sich so in der Zeit vor dem Weltkriege ein immer größerer Widerspruch.»

Insgesamt ging es der Masse der Arbeiterklasse besser, aber der zuletzt beschriebenen Schicht besonders. Es ist mit Sicherheit eine falsche Gleichung, die sogenannten Arbeiteraristokraten schlichtweg mit den Sozialdemokraten ineinzusetzen. Aus den Reihen der besser bezahlten, qualifizierten und betrieblich schwer ersetzbaren Fachkräfte entwickelten sich schließlich auch viele KommunistInnen. Aber im Großen und Ganzen lässt sich ein Trend beobachten, dass die ArbeiterInnen und Angestellten nicht mehr nur ihre Ketten zu verlieren hatten. Andererseits aber war die Gesellschaft des Kaiserreiches noch nicht mit der bürgerlichen von heute gleichzusetzen. Die Arbeiterklasse war in vielem noch diskriminiert und stand quasi außerhalb der »guten« Gesellschaft. Dies zeigte sich im Wahlrecht, in der Koalitionsfreiheit und dem Streikrecht (bei Streiks rückten vielfach Polizei und Militär an), im öffentlichen Bildungssystem, in der Infrastruktur etc.

Dies alles zusammengenommen ist die materielle Grundlage bei der Entstehung der drei Strömungen in der Arbeiterbewegung des wilhelminischen Deutschlands, die wir als Mittelgruppe »Marxistisches Zentrum« mit Karl Kautsky als »Cheftheoretiker«, als rechte »Revisionisten/Reformisten« mit Georg von Vollmar und Eduard Bernstein als Hauptvertreter und als fast verschwindend kleine radikale Linke mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führungspersönlichkeiten zu unterteilen gewöhnt sind. Wie sich diese erste Differenzierung der alten Partei in der Julikrise zum Ersten Weltkrieg und der Zustimmung zu den Kriegskrediten auswirkte, haben wir ausführlich

in Arpo 4/2014, S. 22 beschrieben. Die dann auch formale Spaltung der SPD in Mehrheit (SPD), Unabhängige (USPD) und die zunächst in der USPD wirkenden, ab Jahreswende 1918/19 in der KPD organisierten Spartakisten, Bremer Linksradiكالen u. a. zog neue Linien, die sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik noch mehrmals verschoben.

Voraussetzungen der Revolution

Der Ausgangspunkt für die Revolution war natürlich die Kriegsniederlage des kaiserlichen Regimes. Schon in den Kriegsjahren zuvor führten die rapide Verschlechterung der Versorgungslage und die ungeheuren Verluste an Menschenleben zu großen Streiks wie dem gegen die Inhaftierung Liebknechts 1916, dem der Munitionsarbeiter im März/April 1917 und dem Generalstreik im Januar 1918. Um solchen »Unruhen« vorzubeugen und das Proletariat an der »Heimatfront« unter Kontrolle zu halten, war das »Hilfsdienstgesetz« (1916) beschlossen worden, mit dem die Arbeitskraft unter strengen Regulationszwang genommen wurde und für das die Gewerkschaften mit ihrer Zustimmung die Mithaftung übernahmen. Führende Sozialdemokraten wie Ebert und Scheidemann waren zur Stelle, um den Streiks die Spitze abzubiegen. In der Streikentwicklung 1917/18 war aber schon die Fernwirkung der russischen Revolution spürbar; die Streikenden bildeten Arbeiterräte und erhoben politische Forderungen. Umso nachhaltiger war dann die Explosion, als die militärische Niederlage nicht mehr zu verheimlichen war. Die Oberste Heeresleitung (OHL) riet zum Waffenstillstand, zur Abdankung des Kaisers und zur Einrichtung eines parlamentarischen Regimes, in dem dann die führenden Sozialdemokraten beteiligt waren. Denen schoben die Generäle die Verantwortung zu und schlossen mit ihnen ein Bündnis (den Ebert-Gröner-Pakt, benannt nach dem Vorsitzenden der SPD und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Obersten Heeresleitung, General Gröner), die erste Stufe der Konterrevolution.

Wäre es nach Ebert gegangen, hätte sich außer der Auswechslung der diskreditierten Person an der Spitze, Wil-

2½ Jahre Zuchthaus!

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Streich ist gefallen. In 2½ Jahren Zuchthaus haben sie unseren Karl Liebknecht verurteilt. Weil er rief: Nieder mit dem Kriege! Stedten ihn die Kriegsknedte in die Zuchthausmauer. Weil er für die Verkürzung der Wälder am 1. Mai demonstrierte, soll er im Hause der Verworfenen schmachten. Weil er für das Volk um Brot und Freiheit kämpfte, haben sie ihn in Ketten gefesselt.

Genossen! Werden wir das Schandurteil ruhig hinnehmen? Werden wir uns den blutigen Faustschlag ins Gesicht gefallen lassen?

Arbeiter! Ihr Frauen des Volkes!

Heraus aus den Betrieben!

Ein machtvoller Proteststreik im ganzen Reich zeigt der Sabelschlitz, daß das deutsche Volk aufgehört hat, sich wie ein Hund zu bücken. Wir haben satt den Mord und keine Gnade! Wir haben satt die Not, den Hunger und das Halsessen des Belagerungsstandes. Die Herrschenden sollen erfahren, daß hinter Liebknecht Hunderttausende, Millionen stehen, die ebenso wie er ruhen!

Nieder mit dem Kriege!

Wie ein Donner soll dieser Ruf im ganzen Reich einschlagen und in die Schützengräben rollen. Wir wollen dann sehen, ob die Schergen es wagen werden, bei ihrem Schandurteil festzuhalten. Noch einmal: Ihr Männer und Frauen,

Heraus zum Proteststreik!

Hoch der Zuchthäusler Liebknecht!

Nieder mit dem Kriege!

In Berlin fand am Dienstag, den 27. Juni, abds. 8 Uhr eine imposante Demonstration statt. Ca. 25000 waren am Potsdamer Platz versammelt. Abgebrängt durch ein riesiges Volksgelächter, bildeten die Demonstranten große Züge und sammelten sich um 10 Uhr am Alexanderplatz von neuem. Militär mit scharfen Patronen war aufgestellt in der Gegend des Potsdamer Platzes.

Am Mittwoch, den 28. Juni in der Frühe begann in Berlin der Proteststreik. Er umfaßte die folgenden Betriebe:

Kingplatz Johannistal; Deutsche Waffen- u. Munitionsfabrik Berlin; Deutsche Waffen- u. Munitions-

fabriken Abtig. Wittenan; A. G. S. Turbine; A. G. S. Gerüststraße; A. G. S. Hennigsdorf; Rudwig Löwe; Schwarztopf Reinickendorf; Schwarztopf, Wert Berlin; B&B & Co.; Daimler Motorenfabrik; Aigns Motoren; Max Hesse; Hülse & Wrede; Panger, Kadel, Borffig, Rornhuf, Hermann, Bergmann, Knorrbrems, Zahn & Green u. Andere.

Insgesamt ca. 55 000 Arbeiter der Munitionsindustrie!

Ein Hoch diesen braven Kämpfern um Frieden und Freiheit! Folgen wir alle ihrem Beispiel! Von 10 Uhr früh gab es in der Behrerstraße vor dem Rommandantengericht, Unter den Linden, im Tiergarten große Demonstrationen.

In Braunschweig hat sich die Arbeiterschaft wieder als der Vortrupp des deutschen Proletariats mit Ruhm bedeckt. Mit dem Schlag 12 Uhr am Dienstag wurden sämtliche Betriebe der Stadt geschlossen. Sämtlicher Generallstreik ist durchgeführt worden.

In Stuttgart gab es schon am 26. Juni eine große Demonstration auf der Planie. Die Menge zog unter dem Abfingen der Internationale und Hochrufen auf Liebknecht zum Schloß und nach der Ehrlingerstraße. Viele Demonstranten wurden verhaftet, darunter die Genossen Crispian und Hörnie. Die Menge überlegte sich den Verhaftungen, es kam zu scharfen Kämpfen mit der Polizei.

Nachrichten aus anderen Städten fehlen zur Stunde, da die Sabelschlitzur Telephon und Telegraph, übermäßig, damit die Wahrheit nicht durchdringt. Das wird ihr aber nichts helfen.

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Die deutsche Arbeiterschaft ist erwacht. Der Stein ist ins Rollen gekommen.

Mit diesem ersten Proteststreik ist der

Kampf, nicht zu Ende. Arbeiter, haltet

Euch bereit zum neuen Handeln! Der

Polizeihappell kann Euch von der Strafe

wegfegen, aber keine Macht der Erde

kann Euch zwingen in die Betriebe

zu gehen!

Hoch Liebknecht! Nieder mit dem Kriege!

Druck und Verlag: Schöner Nachf., Stuttgart.

Streikaufruf gegen die Verurteilung Karl Liebknechts, Juni 1916

helm II., und einigen sozialen und politischen Reformen nichts ändern sollen. Die Ausgangsposition war nun die, dass die rechten Sozialdemokraten (SPD) mit den Unabhängigen (USPD) eine Koalitionsregierung (Rat der Volkbeauftragten) bildeten, die nur diese beiden Arbeiterparteien umfasste. Sie erweckte nach außen den Anschein, dass die Arbeiterklasse nun die Macht habe, der Frieden mit den Alliierten erträglich gestaltet werden könne und die Sozialisierung »marschiere«. Doch dahinter stand für die Ebert-Scheidemann-Noske (Noske, SPD, war Volksbeauftragter für Heer und Marine) ihr eigenes politisches Kalkül. Die Linksradiكالen wurden ausgeschlossen, nur zögernd aus den Gefängnissen entlassen und im weiteren Verlauf blutig bekämpft. Wie zerrissen die Arbeiterbewegung wirklich war, kam darin zum Ausdruck, dass am 9. November die Republik ausgerufen wurde, aber nahezu gleichzeitig die bürgerliche (Scheidemann) und die sozialistische (Liebknecht). Die Revolution trug von Beginn an ihr Gegenteil – die Konterrevolution – in sich.

Zum Verlauf der Revolution

Wir haben hier nicht den Raum, die Revolutionsereignisse nachzuzeichnen, können nur die wichtigsten Phasen benennen. Es begann mit dem Aufstand der Matrosen auf Kriegsschiffen der kaiserlichen Marine, die in einer großen, widerlichen Pose des preußischen Militarismus in einer letzten sinnlosen Schlacht geopfert werden sollten. Sie ließen sich das nicht gefallen, rissen die Feuer unter den Kesseln weg, meuterten und übernahmen die Kontrolle in den zentralen Kriegshäfen. Sie schickten Delegierte ins Reichsgebiet, die den Funken der Revolution weitertrugen. Überall wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Kronen rollten dutzendweise in den Staub, zuerst die von Bayern, Braunschweig und Württemberg, dann die des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen selbst und alle anderen.

Mit dem Übergang der letzten kaiserlichen Regierung auf Ebert-Scheidemann etablierte sich eine Doppelherrschaft im Verhältnis zu den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich eine Zeitlang hielt, aber recht früh schon in die parlamentarische Schiene der Nationalversammlung einschwenkte, ohne dass – wie in Russland – eine entschlossene und allgemein anerkannte revolutionäre Führung der Arbeiterklasse sich herausbilden konnte. Von Beginn an – so muss man im Rückblick erkennen – erwies sich das Bündnis SPD-OHL als zu stark und festgefügt. Es stützte sich auf »treu« gebliebene Truppenteile, die staatliche Verwaltung und nicht zuletzt auf die organisatorische Schwäche der revolutionäre. Zwar waren die ins Reichsgebiet zurückkehrenden Feldtruppen in großem Ausmaß zur Unterdrückung der Revolution nicht geeignet, wendeten vielmehr ihre Waffen gegen die bisherige Obrigkeit. Doch es wurden fieberhaft neue Verbände aufgestellt: von kaiserlichen Offizieren geführte Freikorps, bürgerliche Einwohnerwehren und Einheiten sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter wie die Republikanische Soldatenwehr, die Volksmarinedivision und das Regiment Reichstag, deren Zuverlässigkeit im Sinne des Rates der Volksbeauftragten jedoch nicht außer Frage stand und die deshalb mehr und mehr den Freikorps-truppen weichen mussten.

Am 15. November wurde das Stinnes-Legien-Abkommen (Stinnes Großindustrie, Legien Gewerkschaftsführer) zur Kooperation zwischen Industrie und Gewerkschaften geschlossen, das die Linie des Hilfsdienstgesetzes an die veränderten Umstände anpasste. Es regelte die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner, die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben (Vorläufer der späteren Betriebsräte), die Einführung des Achtstunden-

tages und die Organe der Arbeitsgemeinschaft (Zentralvorstand, Zentralausschuss, Fachgruppen). Das Agreement war klar: »Die Großindustriellen waren in schwerster Sorge vor einer kommenden Sozialisierung. ... Sie waren zu allem bereit, wenn sie nur ihr Eigentum behielten. (Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, S. 8)« Für die Gewerkschaften war es ein Vertragswerk von grundsätzlicher Bedeutung für den Wandel im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und Ausdruck ihrer ordnungspolitischen Anerkennung. Damit war es für sie die erste Phase auf dem reformistischen Weg zur friedlichen »Sozialisierung«.

Mitte Dezember wurde ein Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen, der über die weitere Richtung der Revolution beschließen sollte (auch dieser Vorgang hatte sein analoges Vorbild in den Abläufen der russischen Revolution, in deren zentralen Versammlungen der Sowjets des ganzen Landes). Bis dahin hatte der Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte eine Kontrolle der Regierung auszuüben versucht. Die Arbeiterräte im Reichsgebiet waren politisch sehr unterschiedlich aufgestellt, besonders in ländlichen Gebieten oft alles andere als revolutionär eingestellt. Neben Sozialdemokraten, Unabhängigen und dem einen oder anderen Linksradiكالen konnten sich auch Bürgerlich-Liberale oder Klerikale in diesen Gremien befinden. Die Zusammensetzung des Reichskongresses wies 291 von der SPD, 90 von der USPD (darunter – vor der Gründung der KPD – 11 Spartakisten) aus, dazu kamen einige Demokraten, Syndikalisten und Parteilose. Trotz dieser sicheren Mehrheit versuchte Ebert, das Militär zu veranlassen, den Kongress auseinanderzujagen, weil ihm die ganze Richtung nicht passte.

Charakteristisch ist das Urteil des führenden Kopfes der Revolutionären Obleute, Richard Müller: »Dieser Zen-



Bewaffnete Matrosen patroulieren auf der Friedrichstraße in Berlin

tralkongress war das erste revolutionäre Tribunal Deutschlands, aber von revolutionärer Luft war da nichts zu merken. Ich habe vorher meine Erwartungen nicht allzu hoch gestellt, aber dass dieser Kongress zu einem politischen Selbstmörderklub werden würde, das habe ich nicht geglaubt. (Ralf Hoffrogge, Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 94; die Revolutionären Obleute hatten ihre zentrale Basis in den Berliner Metallbetrieben und gehörten größtenteils der USPD an.)« Zur Debatte stand (ähnlich wie in Russland, aber mit entgegengesetztem Ergebnis), ob die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung in Deutschland eine sozialistische sein sollte. Dazu gehörte nach dem Verständnis der Spartakisten, der Revolutionären Obleute und einer Minderheit in der USPD unmittelbar ein Räte-System, dessen Delegierte nicht Mitglieder einer abgehobenen Politikerkaste, sondern direkte zeitweilige Beauftragte ihrer Wählerschaft sein sollten. In dieser Frage gab es eine deutliche Niederlage von 98 zu 344 Stimmen. Das wiederholte sich in der Abstimmung über eine Nationalversammlung, die über die Verfassung zu befinden hätte. Das Ergebnis war letztlich eine Bestätigung der Position des Rates der Volksbeauftragten in den zentralen Fragen. Die USPD trat nun aus der Regierung aus, so dass die Rechtssozialdemokraten unter sich waren. Wenn die Mehrheit des Kongresses zugestand, dass auch die Räte in die kommende Verfassung einzubauen wären, war das ein unsicherer und nichtssagender Wechsel auf die Zukunft.

Die Gründung der KPD

Zum Jahreswechsel zog der Spartakusbund die Konsequenz, endlich die eigenständige KPD zu gründen. Der Gründungsparteitag zeigte aber auch hier die wahren

Machtverhältnisse auf. Es waren (nach unterschiedlichen Angaben) 83 bis 127 Delegierte aus rund 50 Orten anwesend. Es dürfte also damals nicht mehr als ein paar tausend Kommunisten gegeben haben – sicher viel im Vergleich zu heute, aber wenig im Verhältnis zu den Anforderungen der Revolution (die Bolschewiki hatten im Oktober 1917 300.000 bis 400.000 Mitglieder). Darin eingeschlossen waren auch linkssektiererische Tendenzen, die sich z. B. im Gründungsparteitag mit der Ablehnung der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung durchsetzten. Die Partei bot, trotz solcher Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und vieler anderer, in der Gesamtheit noch ein Bild der organisatorischen, zahlenmäßigen und politischen Unreife.

Die Januarkämpfe

Den Beschlüssen über die Machtfrage folgten die Kämpfe zu deren endgültiger Klärung. Als erstes wurde noch im Dezember die Volksmarinedivision ausgeschaltet (Anlass waren Soldfragen). Am 4. Januar setzte der Rat der Volksbeauftragten den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) ab. Er widersetzte sich. Eichhorn hatte sich für die Regierung als unzuverlässig erwiesen, sich geweigert, auf revolutionäre Arbeiter schießen zu lassen, diesen sogar geholfen. Folgerichtig empfand das Berliner Proletariat seine Absetzung als konterrevolutionären Akt. Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar. Daraus entwickelten sich die Januarkämpfe. Sie werden in der bürgerlichen Publizistik griffig, aber falsch als »Spartakusaufstand« bezeichnet. Tatsächlich waren es die Provokationen der Herrschenden, die zu Aktionen im Reich führten.

Die KPD ging vielmehr zunächst davon aus, dass die Chance einer revolutionären Machteroberung nicht gege-

ben sei. Eine revolutionäre Arbeiterregierung werde sich keine zwei Wochen halten können. In einem Treffen am Abend des 5. Januar wurde zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen. Es handelte sich um einen Kreis, in dem von 90 Leuten insgesamt allein 70 aus den Reihen der Obleute kamen, »die politisch zu 4/5 auf dem linken Flügel der USPD und zu 1/5 bei der KPD standen« (Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. von Gester, Hoffrogge, Knirsch, Berlin 2011, S. 546). Der Rest verteilte sich auf Personen aus den Zentralen von USPD (darunter Ledebour) und KPD (darunter Liebknecht). Die Obleute drängten jetzt zur Offensive. Der Erfolg der Demonstration vom 5. Januar, die Besetzung des »Vorwärts« (Zeitung der SPD) und Nachrichten über die Solidarisierung von Militäreinheiten veranlassten die Versammlung, einen Revolutionärausschuss (Ledebour, Liebknecht, Scholze) zu wählen und den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt zu erklären.

Was dann geschah, beschrieb die »Rote Fahne« in einem Artikel ein Jahr später so: »Was am Montag (6. Januar 1919) in Berlin sich zeigte, war vielleicht die größte Massentat, die die Geschichte je gesehen hat. Wir glauben nicht, dass in Russland Massendemonstrationen dieses Umfanges stattgefunden haben. Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, das Leben selbst. Eine Armee von 200.000 Mann. ... Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam ... Und die Führer berieten. Die Massen fieberten ... (D)ie Führer berieten ... (Es kam) die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: Sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie weiter ins Polizeipräsidium und berieten weiter. (...) Sie berieten, berieten, berieten. (Georg Ledebour, die Revolution und die Anderen, Rote Fahne 14.1.1920; Annelies Laschitzka meint, dass der Autor dieses Artikels Paul Levi sei: Laschitzka, Die Liebknechts, Berlin 2009, S. 427)«

Eine scharfe Kritik hatte auch Rosa Luxemburg formuliert, die sich vor allem gegen die Untätigkeit der Führungen der Revolutionären Obleute und der USPD wandte. Sie drängte zu raschem Handeln und dringlichen Maßnahmen wie: »Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet!« (Illustrierte Geschichte, S. 284).

Es war jedoch nur teilweise die Unfähigkeit der Führer zu entschlossenem Handeln, sondern vielmehr wohl die vorangegangene Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse, die jetzt die Entscheidungen lähmte. Die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten wurde ebenso wie die Besetzung des »Vorwärts« im übrigen Reichsgebiet eher als lokaler Konflikt gewertet. Zwar gab es im ganzen Reichsgebiet Solidaritätsaktionen und Besetzungen von Zeitungsverlagen. Doch reichten diese begrenzten Aktionen nicht für einen revolutionären Sturz der Regierung. Die SPD hatte in Berlin zu einer »Demonstration gegen Spartakus« aufgerufen, und auch die wurde eine Massenveranstaltung.

Die Offensive der Regierungstruppen begann am 8. Januar. Berliner Bahnhöfe, die Reichsdruckerei, der »Vorwärts« wurden erobert. Die Konterrevolution wütete entsetzlich. Wie schon in der Pariser Kommune, deren Vertretern allerhand Grausamkeiten angedichtet wurden, um die Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen, verhielt es sich in der Realität genau umgekehrt: »Die weiße Bestie war losgelassen, ungehemmt und ungezügelt tobte sie sich aus. Der Mord war

freigegeben. Die Bourgeoisie hetzte zu ihm auf, und die Soldateska übte ihn aus tierischer Blutgier. Unschuldige, am Kampf Unbeteiligte fielen dem Rasen zum Opfer. Sanitäter wurden bei ihrem Hilfswerk mit Kolben niedergeschlagen und erschossen. (Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 292)«

Mit der Januarniederlage hatte die Revolution ihren Zenit überschritten. Aber allein der Rachedurst der Sieger sorgte dafür, dass die Verhältnisse nicht zur Ruhe kamen. Revolutionäre Vorstöße gab es immer noch. Es ging weiter mit der Bremer Räterepublik (10. Januar bis 4. Februar), Generalstreik in Berlin (März), im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Münchener Räterepublik (April), alles im Jahre 1919. Schon vorher hatte die Wahl vom 16. Januar zur Nationalversammlung die Kräfteverhältnisse in Zahlen gefasst: Die SPD erhielt reichsweit von insgesamt 421 Sitzen 163 (37, 9 Prozent), die USPD 22 (7,6 Prozent). Die KPD hatte gemäß der Entscheidung auf dem Gründungsparteitag nicht teilgenommen. In Berlin sah es nicht ganz so ungünstig, aber ebenfalls deutlich aus: SPD 36,4 Prozent, USPD 27,6 Prozent.

Kritik der Januarkämpfe

Zu den Januarkämpfen findet sich eine interessante Einschätzung von Karl Radek (Vertreter der Bolschewiki und der im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale in Deutschland) in »Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution« auf Seite 282. Er schrieb am 9. Januar einen Brief an das Zentralkomitee der KPD, in dem er den Beschluss des Revolutionärausschusses vom 5./6. Januar, die politische Macht zu erobern, kritisierte: »In Ihrer Programmbroschüre 'Was will der Spartakus-Bund?' erklären Sie, die Regierung erst dann übernehmen zu wollen, wenn Sie die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben. Dieser vollkommen richtige Standpunkt findet seine Erklärung in der einfachen Tatsache, dass die Arbeiterregierung ohne Massenorganisation der Arbeiterklasse undenkbar ist. Nun sind die einzig in Betracht kommenden Massenorganisationen, die Arbeiterräte, fast nur nominell vorhanden. Sie haben noch keine Kämpfe geführt, die Massenkräfte auslösen könnten. Und dementsprechend hat in ihnen nicht die Partei des Kampfes die Oberhand, sondern die Sozialpatrioten oder die Unabhängigen. In dieser Situation ist an die Macht ergreifung des Proletariats gar nicht zu denken. Würde sie, die Regierung, durch einen Putsch in eure Hände fallen, sie würde in ein paar Tagen von der Provinz abgeschnürt und erdrosselt werden.«

Natürlich ergibt sich sofort der Gedanke an die Situation der russischen Oktoberrevolution ein Jahr zuvor. Radek zog im selben Brief diesen Vergleich. Er schrieb: »Nichts verbietet einem Schwächeren, sich vor der Übermacht zurückzuziehen. Wir haben im Juli 1917, obwohl wir damals stärker waren als ihr jetzt, die Massen mit allen Kräften zurückgehalten, und als dies nicht gelang, sie durch rücksichtsloses Eingreifen aus einer bevorstehenden aussichtslosen Schlacht herausgezogen.« Er argumentierte, dass die Bolschewiki im Oktober 1917 im Petrograder Sowjet die Mehrheit hatten, während die Spartakisten im Januar 1919 nichts hatten, nicht einmal eine handlungsfähige Organisation und eine Planung. Er empfahl deshalb eine Aufforderung an die Revolutionären Obleute, den Beschluss zurückzunehmen, den Kampf mit möglichst geringen Verlusten abubrechen, eine Neuwahl der Arbeiterräte anzustreben. Sollte dies nicht angenommen werden oder nicht möglich sein, sei den Massen Klarheit über die Lage zu vermitteln, und das sei Aufgabe der kommunistischen Partei.

Die angesprochene Stelle im Gründungsprogramm der KPD (Spartakusbund) lautet: »Der Spartakusbund wird



Straßenkämpfe Januar 1919



Das von Regierungstruppen zerstörte Vorwärtsgebäude

nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes (Illustrierte Geschichte, S. 263).«

Dieser Vergleich zweier Revolutionsverläufe und ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen gibt uns wichtige Hinweise zur Beurteilung der Voraussetzungen, des Verlaufs und der Ergebnisse der Novemberrevolution. Nach Radeks Auffassung hätte die Machtfrage nicht gestellt werden dürfen bzw. scheiterte im Endeffekt, weil die vom Spartakusbund selbst formulierte Grundbedingung, die Einigkeit der Arbeiterklasse »zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden«, nicht gegeben war. Das allgemein anerkannte große Ziel bestand in der Frage der Sozialisierung. Die konkreten Ansichten darüber waren allerdings sehr heterogen.

Das Dilemma der KPD

Schon kurz nach den Januarkämpfen gab es Hinweise aus mehreren Richtungen, dass die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten von den regierenden Sozialdemokraten bewusst als Provokation geplant und durchgezogen worden war, um Spartakus ins offene Messer laufen zu lassen. Der Nachfolger Eichhorns, Eugen Ernst (SPD), gab dies in einem Interview mit der Zeitung der italienischen Sozialdemokraten, »Avanti«, triumphierend zum Besten: »Ein Erfolg der Spartakusleute war von vornherein ausgeschlossen, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum früheren Zuschlagen genötigt haben. Ihre Karten wurden früher aufgedeckt, als sie es wünschten, und wir waren daher in der Lage, ihnen entgegenzutreten. (deutsch in »Rote Fahne« vom 2. April 1919)« Weitere Ausführungen in dieser

Richtung finden sich in der »Illustrierten Geschichte ...« auf Seite 271 oder in Paul Frölichs Biografie »Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat«, in der es heißt: »Die Wahrheit ist, dass die Januarkämpfe von der Leitung der Konterrevolution mit Umsicht und Entschlossenheit vorbereitet und mit Tücke herausgefordert worden sind. Sie entsprangen einem so teuflischen Plan, wie er in der modernen Geschichte ohne Beispiel war und erst in den politischen Künsten des Faschismus seinesgleichen gefunden hat. (Ausgabe Berlin 1990, S. 357)« Ferner heißt es dort, »... dass alle diese Zeitungsbesetzungen unter Führung von Spitzeln der Berliner Kommandantur oder höchst zweifelhafter Elemente vollbracht wurden« (S. 361).

Man sollte den Aspekt der »Provokation« aber nicht zu hoch hängen, denn real steckt doch folgendes dahinter: Die Position des Polizeichefs in der Hauptstadt war in diesen bewegten Zeiten für die Regierung viel zu wichtig. Die Absetzung Eichhorns war nicht nur Provokation, sondern tatsächlicher Machtkampf. Umgekehrt konnte diese Maßnahme von den Spartakisten nicht hingenommen werden. Sie war aber von ihrer Dimension her nicht einschneidend genug, um eine wirksame Solidarisierung der Arbeiterbewegung im ganzen Reich hervorzurufen.

Das Dilemma der KPD wird auch in folgendem zeitgenössischen Zitat deutlich: »Der von Rosa Luxemburg geführten jungen Kommunistischen Partei erwuchs aus dieser Lage eine schwierige, konfliktreiche Aufgabe. Sie konnte das Ziel der Massenaktion – Sturz der Regierung – nicht zu dem ihren machen, sie musste es ablehnen, aber sie durfte gleichzeitig sich nicht von den Massen loslösen, die den Kampf aufgenommen hatten. Trotz des Gegensätzlichen musste sie bei den Massen, unter den Massen bleiben, um sie in ihrem Ringen mit der Gegenrevolution zu stärken, und den Prozess ihres revolutionären Reifens während der Aktion zu

fördern, indem sie ihnen die Bedingungen ihres Vorstoßes zum Bewusstsein brachte. Zu diesem Zwecke musste die Kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht zeigen, ihre Wertung der Situation scharf umrissen herausarbeiten, ohne die proletarische, die revolutionäre Solidarität zu verletzen, die sie den Kämpfenden schuldete. Ihr Anteil an dem Kampfe musste also negativ-kritisch und positiv-vorwärtstreibend zugleich sein. (Clara Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung zur Russischen Revolution, Hamburg 1922, S. 84, in: Dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Berlin/DDR 1960, S. 445 f.)«

Unklare Vorstellungen von Sozialisierung

Der Sozialismus war die große Hoffnung der Massen in der Arbeiterklasse. Sie erhofften damit ein Ende von Ausbeutung, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Doch im Kaiserreich war noch viel vorkapitalistischer und vorbürgerlicher Ballast abzuräumen, vor allem die preußische Militärmonarchie und die Junkerherrschaft auf dem Lande, im Staatsapparat und im Militär (vgl. Abschnitt »Zur allgemeinen Lage in Deutschland«). Für die Arbeiterklasse bestand die gesellschaftliche Ausgrenzung vor allem in den Formen der kapitalistischen Ausbeutung der damaligen Zeit und den sich daraus ergebenden Lebensverhältnissen, den Repressionen gegen Streiks und gewerkschaftliche Organisation, der besonders scharfen Diskriminierung der Landarbeiter (Gesindeordnung), den Benachteiligungen im Bildungs- und Gesundheitssystem, den schlechten Wohnverhältnissen in den Arbeitersiedlungen usw.

Diese Zustände machten die Klassenunterschiede an der Oberfläche sehr viel deutlicher sicht- und fühlbar als heute. Für viele Arbeiter, gerade solche, denen es als Facharbeiter in gefragten Berufen schon besser ging, und für Angestellte mit ihren kleinen innerbetrieblichen »Privilegien« erschien es daher schon erstrebenswert und als großer Erfolg, diese Überbleibsel der feudalen Ständeordnung und

die Hohenzollernmonarchie zu stürzen, einzelne wichtige Fortschritte wie den Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften und das Frauenwahlrecht durchzusetzen und von ihren Vertretern im Rat der Volksbeauftragten das Versprechen zu bekommen: »Die Sozialisierung marschiert!« Sie nahmen allzu bereitwillig hin, dass die Sozialisierung nicht auf einen Schlag kommen könne. Sie glaubten ferner den führenden Theoretikern der alten SPD, dass der Sozialismus nicht auf dem Boden einer vom Krieg zerrütteten Mangelwirtschaft errichtet werden könne, sondern dass erst einmal »die Produktion in Gang gesetzt« werden müsse. So war ein Kampf um die Schaltstellen der Macht und die Enteignung der Kapitalisten (Marx: Expropriation der Expropriateure) von vornherein gehemmt, weil der einheitliche Wille und die politische Klarheit fehlten. Spartakusbund und andere kommunistische Gruppen befanden sich in einer klar unterlegenen Minderheit.

Von den regionalen Kämpfen um die Sozialisierung ist der im Ruhrgebiet im Januar/Februar 1919 der bedeutendste. Am 11. Januar wurden Büros des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats besetzt. Durch den Druck der streikenden Arbeiter wurde die Einrichtung der sogenannten Neuerkommission erzwungen, die die Sozialisierung des Ruhrbergbaus anpacken sollte. Sie bestand aus je drei Vertretern von SPD, USPD und KPD. In der Beurteilung der nachfolgenden Vorgänge gehen die Meinungen der Historiker auseinander. Auf der einen Seite wird in der Darstellung der Schwerpunkt auf die Chance gelegt, die vertan wurde (Klaus Gietinger, November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2018, S. 142f.). Die Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution (S. 316ff.) nimmt jedoch gerade auch diesen Konflikt als Beleg für die hinhaltende Taktik der Regierung, die Sozialisierung zu verhindern. Insbesondere die Wahl von Zechenräten (ohne Trennung von Arbeitern und Angestellten) und deren Ausstattung mit wirklich Befugnissen wurde abgelehnt, ebenso die Forderung nach Rückzug der einmarschbereiten Trup-

Wie kam die bürgerliche Demokratie nach Deutschland?

Das Demokratieverständnis in Deutschland ist in weiten Teilen der Bevölkerung nicht von der Emanzipation des Menschen von obrigkeitstaatlichen Zwängen und der Beteiligung an der Gestaltung gesellschaftlichen Lebens geprägt, sondern von der Einhaltung vorgegebener Regeln, der Aufforderung an alle (auch die Zugewanderten), dies ebenso zu tun, und der Einforderung von Interessenvertretung und fairer Behandlung durch »die Politik«. Im Folgenden stellen wir in Stichworten dar, worin wir die geschichtlichen Wurzeln dieser Grundhaltung sehen.

- Die erste – frühbürgerliche – Revolution in Deutschland entwickelte sich im Zusammenhang mit kirchlicher Reformation und Bauernaufständen im 16. Jahrhundert. Die Höhepunkte waren der große Bauernkrieg 1525 und die Gemeinschaft der Täufer in Münster in den 1530er Jahren. Sie wurden von der Feudalmacht blutig unterdrückt, was Deutschland endgültig im Zustand feudaler Zersplitterung in mehr als 300 Territorien hinterließ.
- Die bürgerliche Revolution von 1848 entsprach in ihrem Beginn den Bedürfnissen der Bourgeoisie nach nationalstaatlicher Einheit, Gewerbefreiheit und demokratischer Mitbestimmung. Die politische Schwäche des Bürgertums sowie die Furcht vor den ersten Regungen einer

Arbeiterbewegung führten aber zur Unterwerfung unter die wiedererstarkte Reaktion gegen begrenzte parlamentarische Zugeständnisse in den Einzelstaaten.

- Im weiteren Verlauf wurden nationale Einheit und bürgerliche Demokratie getrennt. Bismarck als genialem Vertreter seiner Standesinteressen gelang es, die Reichsgründung von oben als Anpassung des preußischen Regimes an die kapitalistische Realität seiner Zeit durchzusetzen. Das bürgerliche Parlament (Reichstag) hatte nur einen geringen Einfluss auf die Staatsgeschäfte im Kaiserreich.
- In der durch Revolution und Konterrevolution durchgesetzten Weimarer Republik hatte das Bürgertum erstmals die volle Verfügung über die Staatsgewalt, aufgeteilt zwischen dem Parlament (Reichstag) und dem »Ersatzmonarchen« (Reichspräsident), der gegebenenfalls durch Notstandsmaßnahmen (Artikel 48) das Funktionieren bürgerlicher Demokratie aushebeln konnte. Die früheren Träger des Feudalregimes (ostelbische Großgrundbesitzer, kaiserliche Militärs) waren weiterhin präsent und mit Teilen der Bourgeoisie (Schwerindustrie) verbündet. Der Reaktion stand als Gegenpol die organisierte, aber politisch gesplattene Arbeiterbewegung gegenüber.

pen des Freikorps' Watter. 180.000 Bergleute standen im Streik. Doch sogar die sozialdemokratische Gewerkschaft (der Bergbauverband) forderte nun militärisches Eingreifen. Freikorps- und reguläre Reichwehrtruppen schlugen den Streik in blutigen Kämpfen bis zum 22./23. Februar nieder.

Auch dieses kämpferische Beispiel konnte – wie viele andere – die entscheidende Schwäche der sozialistischen Strömung in der Revolution nicht aufheben: Es mangelte letztlich reichsweit an durchsetzungsfähiger Stärke, Geschlossenheit und koordinierter Organisation in Führungsfragen.

Die Spaltung der Arbeiterparteien

Die drei großen Richtungen der Arbeiterparteien in der Novemberrevolution kristallisierten sich schon während des Krieges heraus: SPD (Mehrheitssozialdemokratie), USPD (die Unabhängigen), KPD (Spartakusbund). SPD und USPD bildeten gemeinsam den ersten Rat der Volksbeauftragten als vorläufige »Revolutionsregierung«, bis der Verlauf der Ereignisse die »unentschlossen schwankenden« Unabhängigen zwang, den Ebert-Noske-Leuten die Drecksarbeit der Konterrevolution allein zu überlassen. Auf die Frage, warum die rebellierende Arbeiterschaft solche Leute in der Führung duldet, die sie in den viereinhalb Jahren des Krieges schon betrogen hatten, sind wir schon teilweise eingegangen: Es waren die in den verschiedenen Schichten des Proletariats real vorhandenen (Teil-) Interessen, die eine einheitliche Willensbildung verhindert hatten. Hinzu kam am Ende des Massenmordens auf den Schlachtfeldern der dringende Wunsch, dass endlich Schluss gemacht würde, (fast) egal wie. Doch die Hoffnungen des Teils der Arbeiterklasse, der auf die alte SPD gesetzt hatte, mussten enttäuscht werden. Den Ebert-Noske-Leuten gelang es, die demokratischen Illusionen auf sich selbst zu lenken, obwohl es ihnen nur darum ging, das System zu erhalten und so wenig wie möglich davon zu opfern. Heraus kam eine

- Der Faschismus war eine bürgerliche Bewegung im Klasseninteresse des Kapitals. Er zerschlug die Arbeiterbewegung, stellte die »Volksgemeinschaft« auf reaktionärer Basis her und führte den Krieg, dessen Hauptziel in der Vernichtung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung bestand.
- Nach der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Siegermächte begannen diese auf der jeweiligen Seite mit der Liquidierung der faschistischen Herrschafts- und Organisationsstrukturen, der »Umerziehung« der Bevölkerung und dem Aufbau der neuen Gesellschaften in Deutschland. Formal setzten sie teilweise an deutschen Traditionen (z. B. Föderalismus) an, teils schufen sie – besonders zeitweise in Ostdeutschland mit den verordneten sozialistischen Grundlagen – völlig Neues.
- Die Wiederherstellung des gesamtdeutschen bürgerlichen Staates nach dem Untergang des sowjetisch geführten sozialistischen Lagers in Europa stärkte einerseits die traditionelle westliche Vorstellung der »Überlegenheit« des bürgerlichen Demokratiemodells. Andererseits führte die kapitalistische Krisenhaftigkeit (Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/8, Migrationsbewegung, Klimawandel etc.) zu neuer Verunsicherung breiter Bevölkerungsteile.

abzuwürgen, dann werden sie sich mit doppelter Wucht gegen euch wenden. Eure Kapitalisten hoffen, daß der Sieg über uns wie über das revolutionäre Rußland ihnen die Macht geben werde, euch mit Skorpionen zu züchtigen und das tausendjährige Reich der Ausbeutung auf dem Grabe des internationalen Sozialismus zu errichten.

Darum blickt das Proletariat Deutschlands in dieser Stunde auf euch. Deutschland ist schwanger mit der sozialen Revolution, aber den Sozialismus kann nur das Weltproletariat verwirklichen.

Und darnach rufen wir euch zu: Auf zum Kampf! Auf zur Tat! Die Zeit der leeren Manifeste, platonischer Resolutionen und schönen Worte ist vorbei: die Stunde der Tat hat für die Internationale geschlagen. Wir fordern euch auf: Wählet überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen und die zusammen den Frieden herstellen werden.

Nicht Lloyd George und Poincaré, nicht Sonnino, Wilson und Erzberger oder Scheibemann dürfen den Frieden schließen. Unter dem wehenden Banner der sozialistischen Weltrevolution soll der Frieden geschlossen werden.

Proletarier aller Länder! Wir rufen euch auf, das Werk der sozialistischen Befreiung zu vollbringen, der geschändeten Welt wieder Menschenantlitz zu verleihen und jenes Wort wahr zu machen, mit dem wir uns in alten Tagen oft begrüßten, und mit dem wir auseinander gingen:

Die Internationale wird die Menschheit sein!

**Es lebe die Weltrevolution des Proletariats!
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**

Im Namen des Spartakusbundes:

**Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg,
Franz Mehring, Klara Zetkin.**

bürgerliche Verfassung mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und einem starken Reichspräsidenten als Ersatzmonarchen, der im Bedarfsfall für »Ruhe und Ordnung« sorgen konnte. Der erste war der Sozialdemokrat Ebert, der zweite der kaiserliche General Hindenburg, der später die Gallionsfigur abgab für die Machtübergabe an den NS-Faschismus, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die umfassende Diktatur und die Kriegsvorbereitung.

Die bürgerliche Demokratie in Deutschland ist kein erkämpftes Eigengewächs des hiesigen Bürgertums, aber auch nicht einfach von außen aufgedrückt. Die bereitwillige Akzeptanz dieser vergleichsweise autoritären Bonner, dann Berliner Demokratie durch die große Mehrheit der Bevölkerung kommt aus der obrigkeitstaatlichen Tradition, den geschichtlichen Erfahrungen mit den selbst verschuldeten Katastrophen der Weltkriege und der stabilen wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung im westlichen Lager unter Führung der USA. Der aufkommende Rechtspopulismus ist gefährlich, aber noch kein Vorbote des Faschismus – dazu fehlt die Unterstützung relevanter Teile der Bourgeoisie, weil sie unter gegenwärtigen Bedingungen kein Interesse daran haben kann.

In Arbeiterpolitik 4/2018 haben wir dargelegt, dass und warum beim Fehlen einer kämpferisch orientierten Klassenbewegung auch Gewerkschaftsmitglieder in großer Zahl nach rechts gehen. Diese reaktionäre Strömung lässt sich nicht allein mit politisch richtigen Argumenten und antifaschistischen Appellen bekämpfen, sondern nur durch Klassenkämpfe und soziale Bewegungen, die ihre Themen zugunsten der Lohnarbeitenden, Erwerbslosen, MigrantInnen, RentnerInnen konsequent in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten rücken.

Gegenüber der klaren konterrevolutionären Einstellung und Funktionsweise der SPD sowie den Halbheiten der Unabhängigen der USPD, aber auch den Intrigen und Rankämpfen in dieser Partei, vertraten allein der Spartakusbund und einige andere kleine Gruppen eine revolutionäre Linie. Aber diese litt unter Beschränkungen und Hemmnissen, die in der kurzen Zeit nicht aufzuheben waren: der geringen Zahl und Organisationskraft, der mangelnden Erfahrung, auch Tatkraft, und der Ermordung ihrer wichtigsten Führungspersonlichkeiten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar, am 10. März auch Leo Jogiches.

Zwei Revolutionen im Vergleich

Der Ausgang der russischen Revolution 1917 einerseits, der deutschen 1919 andererseits fordert zum Vergleich heraus. Es gab ja oberflächliche Parallelen wie die Arbeiterräte, den Streit um die Konstituante/Nationalversammlung, die Rollen von Kerenski/Ebert, von Lenin/Liebknecht. Doch die Ergebnisse waren gegensätzlich – die russische Revolution führte zum Aufbau des Sozialismus, die deutsche zum bürgerlich-parlamentarischen Regime im Kapitalismus. Wir beschränken uns hier auf Stichworte, weil eine genauere Darstellung der Oktoberrevolution an dieser Stelle unseren Rahmen sprengen würde (Ausführungen dazu bietet unsere Broschüre »Weiße Flecken«).

Der qualitative Unterschied liegt zunächst und vor allem in der gesellschaftlichen Entwicklung. Der Kapitalismus war in Russland landesweit kaum entwickelt, die Landwirtschaft nach einigen Reformversuchen stecken geblieben, so dass es nicht zur Ausbildung einer breiten bäuerlichen Mittelschicht wie in Westeuropa kam. Die armen Bauern stellten aber die große Masse der Bevölkerung. Die Arbeiterklasse war hochkonzentriert, aber gesellschaftlich derart marginalisiert und ausgegrenzt, dass reformistische Positionen sich nicht entfalten konnten. Zwar hatte die Bourgeoisie in der ersten Revolution 1905 einen Klassenkompromiss mit dem Feudalregime gesucht, doch eine Grundlage dafür war kaum vorhanden. Die bolschewistische Partei hatte hier beste Voraussetzungen, mit radikalen Forderungen, die systemsprengenden, aber vorerst noch nicht sozialistischen Charakter hatten, Massen zu mobilisieren. In Russland hatten Adel und Bürgertum dem Bündnis von Arbeitern und Bauern nichts entgegenzusetzen. Die Weiterführung des Krieges und die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse wie im Westen war unmöglich. Die objektiven Bedingungen und die Politik der Kerenski-Regierung erzwangen den Sturz des Regimes, die Bolschewiki führten ihn durch.

In Deutschland dagegen war die Bourgeoisie ökonomisch so stark, dass sie das durch den Krieg endgültig diskreditierte Feudalregime in der Herrschaft ablösen konnte. Die Lage in der Arbeiterbewegung, insbesondere die Rolle der SPD, war für sie günstig. Zwar entstand auch die deutsche Revolution aus Forderungen nach Frieden und führte zur Konfrontation zwischen Proletariat und Bourgeoisie (die Bauern sind hier zu vernachlässigen: In der Novemberrevolution spielten sie keine besondere Rolle). Aber anders als die russischen Menschewiki hatte die SPD eine starke Stellung, die sie nutzte, um ihre Vorstellung eines demokratisch gebändigten Kapitalismus umzusetzen. Dabei trat sie nach außen durchaus revolutionär auf, so dass es den Linken in der USPD und Spartakus in der Kürze der Zeit nicht gelingen konnte, der alten Partei ihre Anhängerschaft und ihren organisatorischen Vorsprung abzunehmen. In der unmittelbaren Revolutionszeit (also bis zu den Januarkämpfen) blieb Spartakus bzw. die KPD zahlenmäßig

eine Sekte (*„50 in Berlin und im Reich ein paar tausend“*, Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1976, S. 129), in der Gründungsphase zudem unterhalb der Führungsgruppe noch ein »wirrer Haufen«, der die Orientierung noch suchte. Von dem Postulat, dass Spartakus nur »durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland« die Macht übernehmen werde, war sie in der Realität weit entfernt.

Ebert, Noske und der ganze SPD-Vorstand machten sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse. Die Ursachen des Scheiterns der Revolution liegen nicht einfach in den Personen der SPD-Führung. Die objektiven ökonomischen Verhältnisse zwangen noch nicht zu einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Das Entwicklungspotenzial des Kapitalismus war noch nicht ausgeschöpft.

Die Novemberrevolution in der Gesamtschätzung

Die Novemberrevolution hatte einen Doppelcharakter als von der Arbeiterklasse begonnene, bürgerlich beendete Revolution. Im Resümee der »Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution« (S. 511) steht folgende interessante Einschätzung: »Die Schaffung und Festigung der bürgerlichen Republik war also das vorläufige Ergebnis der deutschen Revolution. Was frühere bürgerliche Revolutionen im ersten kühnen Ansturm gegen den Absolutismus durchsetzten – die volle Inbesitznahme und Beherrschung des Staatsapparates – erreichte das deutsche Bürgertum erst als Konterrevolution.« Das Ergebnis war also die »Schaffung und Festigung der bürgerlichen Republik«. Es wurde im weiteren historischen Verlauf nicht mehr in Frage gestellt durch die Rückkehr zu Hohenzollernmonarchie und Junkerregime – die landeten auf dem Müllhaufen der Geschichte. Damit hatte sich die bürgerliche Demokratie erstmals in Deutschland – jedoch nicht dauerhaft – etabliert (s. Kasten).

Das Proletariat hat also zunächst seine eigene Revolution begonnen. Es hat sie aber nicht vorangetrieben, sondern ist auf halber Strecke stehen geblieben, nachdem es die politische Macht schon fast in den Händen gehabt hatte. Die Arbeiterräte wurden spontan, heterogen, teils chaotisch, teils von oben organisiert. Sie fühlten sich meist als Sachwalter einer Revolution, die sie kaum verstanden. Sie durchschauten nicht das Spiel, das SPD und Teile der USPD mit ihnen trieben, längst bevor sie die Macht an die bürgerliche Nationalversammlung abgaben.

Damit erhielt die bürgerliche Konterrevolution im Bündnis mit rechter Sozialdemokratie und junkerlich geprägtem Militär die Möglichkeiten, die sie konsequent nutzte. Sie stellte die Kommandogewalt der Offiziere wieder her, sicherte sich das Gewaltmonopol und unterdrückte rigoros die Bildung roter Garden. Allein für die Zeit von November 1918 bis Mitte 1920 wird von mindestens 5000 Toten durch die Konterrevolution unter Mitverantwortung der SPD-Führung ausgegangen. Die Gewalt setzte sich fort in den Konflikten der Weimarer Republik (Kapp-Putsch, Hitler-Putsch etc.) und wurde zu einem entscheidenden Geburtshelfer des Faschismus.

Das andere zentrale Ergebnis der Revolution ist die Verselbständigung der kommunistischen Bewegung in Deutschland durch Gründung der KPD. Deren weitere Entwicklung durch die Geschichte der Weimarer Zeit, des Faschismus und der Nachkriegszeit bis heute zu würdigen, kann aber nur besonderen Artikeln vorbehalten bleiben.

9.9.2018 ■



Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und Ingo Kramer, Präsident der Arbeitgeberverbände (BDA)

■ 100 JAHRE SOZIALPARTNERSCHAFT UND VOLKSGEMEINSCHAFT

BDA und DGB feiern ihre Verbundenheit

In der Bundesrepublik war die Novemberrevolution weitgehend verdrängt und vergessen. Am 9. November standen für die Parteien und die offiziellen Vertreter des Staates zwei andere Ereignisse im Vordergrund. Zum einen gedachten sie der »Reichspogromnacht« von 1938, zum anderen feierten sie den Mauerfall 1989 – die Einverleibung der DDR und die Einführung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in Osteuropa. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums kam der Bundestag nicht umhin, zugleich auch der Novemberrevolution zu gedenken. SPD und Gewerkschaften erinnerten in zahlreichen Ausstellungen, Veranstaltungen und Diskussionen an dieses Ereignis. Dabei fielen die Wertungen und Urteile durchaus unterschiedlich und kontrovers aus. Für die Führungen von SPD und Gewerkschaften allerdings bot der 9. November die Gelegenheit, ihren Kurs der Kooperation mit dem Unternehmerlager zu rechtfertigen und zu feiern.

Zum 16. Oktober 2018 hatten der Vorsitzende der Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zu einem gemeinsamen Geburtstagsfest geladen. Sie feierten das hundertjährige Jubiläum des am 15. November 1918 geschlossenen Stinnes-Legien-Abkommen. Selbstverständlich darf zu einem solchen Anlass der staatliche Segen nicht fehlen; einer der Festredner war Bundespräsident Steinmeier: *»Die Ereignisse überstürzen sich in diesen Tagen in Deutschland. [...] Schnell sind die Fronten verhärtet, die Konfliktlinien schroff, Kompromiss und Ausgleich in weiter Ferne. Bereits in ihren ersten Tagen droht die junge Republik in einer Spirale der Gewalt zu versinken. Und dennoch – fast unglaublich – am selben Tag, dem 15. November 1918, geschieht etwas Erstaunliches, völlig Unerwartetes: Die »Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden«, das Stinnes-Legien-Abkommen wird unterzeichnet. [...] Welch unglaublichen Mut, welche Selbstüberwindung, wie viel Verantwortungsbewusstsein müssen die Beteiligten aufgebracht haben, um in dieser aufgeheizten Stimmung, vor einem Horizont radi-*

kaler Erwartungen den Ausgleich zu suchen und einen Kompromiss zu vereinbaren! [...] Der Grundstein der erst später so genannten und viel gelobten Sozialpartnerschaft wurde in revolutionären Zeiten gelegt.«

Steinmeier führte u.a. weiter aus: *»Das Abkommen [...] war in dieser aufgeheizten Zeit voller Unsicherheit und Ungewissheit, der gemeinsame Versuch von Arbeitgebern und Gewerkschaften, wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten – und natürlich auch das: Der gemeinsame Versuch, eigene Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu sichern. Die einen, die Arbeitgeber, erkannten mit etwas Zeitverzug endlich die Gewerkschaften als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft an. Sie erklärten sich zu kollektiven Verhandlungen und verbindlichen Abschlüssen bereit. Sicher auch deshalb, weil die Gefahr von Enteignung und Verstaatlichung ganz konkret im Raum stand. Die andere, die gewerkschaftliche Seite, verzichtete darauf, die bestehenden Besitzverhältnisse aufzuheben und auf die flächendeckende Verstaatlichung. Sie wollte ihre Mitglieder vor den unwägbarsten Folgen eines revolutionären Umsturzes und kompletten Chaos schützen, ja, aber sie wollte auch das: ihr eigenes Überleben und ihre Gestaltungsmacht sichern. Denn eine enteignete Industrie, gesteuert von einem sozialistischen Rätestaat, die braucht schließlich keine eigenständigen, freien und unabhängigen Gewerkschaften mehr – so die Befürchtung damals und später, im Realsozialismus, dann auch bittere Wahrheit.«*

Was uns der Bundespräsident nach 100 Jahren erneut aufischt, um die aktuelle Ausrichtung von SPD und DGB zu rechtfertigen, ist die schon damals von der monarchistischen und reaktionären Rechten geschürte Mär von der »bolschewistischen Gefahr«. Ihr bedienten sich auch Ebert, Noske und Scheidemann, um ihr Bündnis mit der Obersten Heeresleitung zur Niederschlagung der Revolution zu rechtfertigen. Grund genug, diese Behauptungen anhand der historischen Fakten zu überprüfen und die aktuelle Politik der DGB-Gewerkschaften kritisch zu hinterfragen.

Das Stinnes-Legien-Abkommen: Sozialpolitische Reformen sollten die Gefahr der Sozialisierung bannen

Es waren weder Mut noch Selbstüberwindung zweier Männer, die am 15. November 1918 zur Vereinbarung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften führten. Die Großindustriellen, deren Vertretung Hugo Stinnes übernommen hatte, waren Getriebene der revolutionären Ereignisse. Der Zusammenbruch der alten politischen Ordnung, der Monarchie, stellte zugleich auch ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage. Vor den Forderungen nach der Enteignung der Großkonzerne und der Bestrafung der Verantwortlichen für Krieg und Völkermord suchten sie Schutz. Den fanden sie bei der bisher verhassten Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, jedenfalls in deren Führungsetagen. Über Jahrzehnte hatten die Industriellen im Pakt mit der Monarchie die politische und gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft bekämpft, unterdrückt und zeitweise verboten.

In der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften hatten sich schon seit langem die Kräfte durchgesetzt, die in der alltäglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit das eigentliche Ziel ihrer Tätigkeit sahen: die schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und erste Erfolge hatten ihnen Recht gegeben, die sie nicht durch revolutionäre Reden oder gar Aktionen gefährden wollten. Die während der Kaiserzeit entstandene Partei- und Gewerkschaftsbürokratie machten deshalb die Ebert und Legien zu ihren Männern. Die Gewerkschaftsleitungen hatten bereits am 2. August 1914 ihre »Burgfriedenspolitik« verkündet. Sie sah eine enge Kooperation mit der Regierung sowie die Einstellung aller Lohnkämpfe und Unterstützungszahlungen für den gesamten Verlauf des Krieges vor. Die SPD-Fraktion im Reichstag hatte am 4. August den Kriegskrediten zugestimmt – für die Verteidigung des Vaterlandes. SPD und freie Gewerkschaften wollten ihren Ruf als »vaterlandslose Gesellen« endgültig loswerden. Das gelang ihnen – zumindest zeitweise.

Nun – nach dem Ende des vierjährigen Völkermordens – baten die Vertreter der Finanz- und Großindustrie sie um ein Abkommen. Das Unternehmerlager erklärte sich bereit, die Gewerkschaften als rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Es stimmte der Einführung des Acht-Stunden-Tages und sozialpolitischen Reformen bei der Arbeitslosen-, Kranken- und Alterssicherung zu. Die Regierung Ebert gab ihren Segen. Die Gegenleistung bestand in der Zusage der Gewerkschaftsvertreter, die Forderungen nach Sozialisierung nicht zu unterstützen. Es fiel ihnen nicht schwer, denn in revolutionären Forderungen und sozialen Umwälzungen sahen sie schon seit langem eine Gefahr für ihre gewerkschaftliche Tagesarbeit.

Die Führungen der freien Gewerkschaften fühlten sich am Ziel ihrer Träume. Sie wurden von den Unternehmern – und vom Staat! – als Tarifpartner anerkannt. Parlament und Regierung schufen die gesetzlichen Regelungen für ihre neue, nun anerkannte Rolle. Der Kapitalismus schien zähmbar, die Institutionen des Staates im Interesse der Arbeiterschaft nutzbar. Die Integration der Gewerkschaften in die bürgerlich parlamentarische Republik begann und endete nach 14 Jahren in einer Katastrophe.

Steinmeier führt weiter aus: »Carl Legien, moderater sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsfunktionär, der auf der einen Seite radikal-revolutionäre Forderungen aus Teilen der Arbeiterschaft abzuwehren hatte, auf der anderen aber mit dem restaurativen Widerstand des al-

ten Regimes rang.« Was der Bundespräsident verdreht und verschweigt, sind zwei Tatsachen:

Erstens: Die Forderungen nach einer grundlegenden Entmilitarisierung sowie nach der Sozialisierung der Schlüsselindustrien wurden keineswegs nur von einer radikal-revolutionären Minderheit in der Arbeiterschaft, sondern auch vom größten Teil der sozialdemokratischen Anhänger und Mitglieder geteilt, der Weg dorthin blieb umstritten (siehe Artikel auf Seite 8). Dies wurde nicht nur in den Massenstreiks, sondern auch auf dem ersten Reichsrätekongress (16. bis 19. Dezember 1918) deutlich. Die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD), so die vorübergehende Kennzeichnung nach Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), verfügte dort über eine absolute Mehrheit. Sie stellte 298 der 490 Delegierten. In zwei wichtigen Fragen verweigerte auch die überwiegende Mehrheit ihrer Delegierten den Empfehlungen des Parteivorstandes die Gefolgschaft. Die sieben Punkte der sogenannten »Hamburger Erklärung« zur Demokratisierung und Entmilitarisierung wurde mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Punkt sieben hält fest: »Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.« Auch bei der Abstimmung über die Sozialisierung folgen die MSPD-Delegierten nicht der von Ebert vorgegeben Linie. Sie stimmen den Sozialisierungsforderungen zu und auch der von der USPD eingebrachten, zusätzlichen Aufforderung: »Die Regierung wird beauftragt, mit der Vergesellschaftung des Bergbaus sofort zu beginnen.«

Zweitens: Carl Legien rang nicht mit den restaurativen Widerstand des alten Regimes. Während er noch mit dem Großindustriellen Hugo Stinnes, einem der größten Profiteure des Weltkrieges, über das gemeinsame Abkommen verhandelte, hatte Friedrich Ebert längst seine geheimen Absprachen mit Wilhelm Groener, Repräsentant der Obersten Heeresleitung (OHL), getroffen. Noch monarchistische Truppenteile, von »unsicheren Elementen« gesäubert, und in der Folgezeit eilig aufgestellte Freikorps und Bürgerwehren sollten Revolution, Chaos und die Herrschaft der Räte beseitigen. Die alten militärischen Kräfte der Monarchie wurden von Ebert gerufen und mit der Herstellung von Ruhe und Ordnung, mit der Beseitigung der »bolschewistischen Gefahr«, beauftragt.

Das Bürger- und Kleinbürgertum sammelte sich hinter den konterrevolutionären Verbänden, denen sie den Schutz ihres Eigentums und ihrer Privilegien übertrugen. Ausrüstung, Bewaffnung und Bezahlung der Soldateska wurden finanziert durch die Industriellen, die im und am Krieg glänzend verdient hatten. Die OHL verfolgte mit der Verteidigung der Regierung Ebert durchaus eigene Interessen. Teils mit Billigung der MSPD-Führung, – Noske: »Einer muss der Bluthund werden!« – teils auf eigene Faust entfesselten sie in den folgenden Wochen und Monaten den Bürgerkrieg. Trotzdem wurden sie durch die Regierung Ebert gedeckt und vor der Zerschlagung bewahrt. (Siehe auch Artikel »Die Novemberrevolution in Deutschland 1918«, S.1)

Enttäuschte Erwartungen in die Nationalversammlung

Der Kaiser war gegangen, die Generäle geblieben. Mit ihnen auch die gesamte Verwaltung im Reich und in den Ländern. Die Beamten, überwiegend preußisch und obrigkeitsstaatlich eingestellt, gaben weiterhin den Ton an. Die Polizei, die Justiz, die Universitäten, die Schulen und auch die Kirchen blieben ein Hort der monarchistisch eingestellten Reaktion. Dies war die Situation, als am 6. Februar 1919 die Na-



Das durch Kapp-Truppen zerstörte Volkshaus in Leipzig

tionalversammlung in Weimar zusammentrat. Die Gegenrevolution hatte eine wesentliche Zwischenetappe erreicht. Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeiter- und Soldatenräte war den Versprechungen der MSPD gefolgt, die sie auf die Nationalversammlung vertröstet hatte. Doch die Erwartungen der Arbeiterschaft wurden enttäuscht. Sozialisierung und Entmilitarisierung wurden weder durch die sozialdemokratische Koalitionsregierung noch durch das Parlament eingeleitet, auch wenn die arbeitende Bevölkerung dies wiederholt durch Massenstreiks, Demonstrationen und Revolten erfolglos einforderte.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Am 4. Februar 1920 verabschiedete die Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz, dessen Grundzüge sich im Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik wiederfinden. In Betrieben ab zwanzig Beschäftigten konnten Betriebsräte gewählt werden. Auch in die Aufsichtsräte großer Konzerne entsandten die Beschäftigten ihre Vertreter. Deren Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aber wurden auf soziale Belange beschränkt. Auf unternehmerische und wirtschaftliche Entscheidungen hatten sie keinerlei Einfluss. Aus den (Arbeiter-)Räten wurden amputierte (Betriebs-)Räte. Das kapitalistische Eigentum wurde nicht angetastet, die Verfügungsgewalt der Eigentümer blieb uneingeschränkt erhalten, frei von jeglicher Kontrolle durch die arbeitenden Menschen. Am 13. Januar 1920 demonstrierten etwa 100.000 Arbeiter*innen gegen das geplante Betriebsrätegesetz. Handgreiflichkeiten dienten der preußischen Sicherheitspolizei als Vorwand. Sie feuerte in die unbewaffnete Menge. 42 Menschen starben, 105 werden verletzt.

»Die bürgerliche Republik, aufgebaut nicht auf dem Siege der bürgerlichen Klassen über die feudalen, sondern auf dem Siege der bürgerlichen Konterrevolution gegen die proletarische Revolution, blieb ein jämmerliches Stück- und Flickwerk. [...] Die »demokratischen Rechte« der Werktätigen hatten genau den »Spielraum«, innerhalb dessen die kapitalistische Klassenunterdrückung gesichert war. Was darüber hinausging – das fiel in das Ressort des Polizeiknüppels, und wenn es nottat, des Maschinengewehrs. Was noch zuletzt übrig blieb, vollzog die Justizmaschine, ein Brutherd der verstocktesten und heimtückischsten altersgrauen Reaktion.«¹

Weimar: Republik ohne bürgerliche Republikaner

»Während die Sozialdemokratie auch während der Arbeit an der Verfassung vielfältig zeigt, dass sie aus Überzeugung Kompromisse anstrebt und zur Teilung der Macht mit dem Bürgertum bereit ist, macht auf der politischen Rechten längst die Konterrevolution mobil. Es ist nicht nur das Junkertum östlich der Elbe, es sind nicht nur rechtsextreme Offiziere, nicht nur völkische Rechte, es ist das »ganz normale« konservative Bürgertum, auch und gerade das akademische, das der Republik vom ersten Tag an den Kampf ansagt.«²

Ein wesentliches Propagandainstrument gegen die, aus der Novemberrevolution entstandene, Weimarer Republik bildete die Dolchstoßlegende. Als der Obersten Heeresleitung im September 1918 klar geworden war, dass der Krieg verloren ist, schob sie die politische Verantwortung für die aus militärischer Sicht notwendig gewordenen Waffenstillstandsverhandlungen der Regierung unter Prinz Max von Baden zu. Ihr gehörten neben den Sozialdemokraten auch das katholische »Zentrum« und die liberale »Fortschrittspartei« an. Der Grundstein für die Dolchstoßlegende war durch Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff gelegt: Ein in den Schlachten militärisch unbesiegtes deutsches Heer sei nur durch den Verrat an der Heimatfront geschlagen worden. Die politischen Vertreter des Bürgertums griffen diese Legende immer wieder begierig auf in ihrem Kampf gegen die »Novemberverbrecher« und deren Republik.

Der Kapp-Putsch

Anfang des Jahres 1920 bestand die vorläufige Reichswehr aus etwa 120 Freikorps. Sie umfassten 250.000 Mann unter Waffen. Die Reichswehr »hatte sich von der Regierung nie in ihre Strukturen hinein regieren lassen, sie agierte als Staat im Staate. Nicht ob man die Regierung beseitigen sollte, war unter den Generälen umstritten, sondern nur das wie und wann.«³

Am 13. März des Jahres fand dann der Kapp-Putsch, statt. Anlass war die im Versailler Friedensvertrag vorgeschrie-

1 Der Zusammenbruch der Weimarer Republik und was weiter? Herausg. von der KPD Opposition, Ende 1932

2 Wolfgang Niess. »Die Revolution von 1918/19«. Seite 414

3 Klaus Dallmer. Die Meuterei auf der »Deutschland«. S. 221



Demonstration während des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch

bene Reduzierung der Reichswehr auf 100.000 Soldaten. General von Lüttwitz widersetzte sich der aus diesem Grund von Noske verordneten Auflösung der rechtsradikalen »Brigade Erhard« und marschierte mit seinen Freikorps nach Berlin. Die in der Hauptstadt stehende Truppenverbände weigerten sich, die Regierung zu verteidigen. Truppenamtchef von Seeckt – Truppenamt war die Tarnbezeichnung des durch den Versailler Vertrag verbotenen Generalstabs – gab ihnen Rückendeckung: »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr.« Die Regierung floh nach Stuttgart, die SPD rief zum Generalstreik: »Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!« Die Gewerkschaften und nach anfänglichem Zögern auch USPD und KPD schlossen sich dem Streik an. Am 14. Januar lag das gesamte öffentliche Leben und die Betriebe still. Nach vier Tagen, am 17. Januar gaben die Putschisten auf. Um den weiter anhaltenden Streik zu beenden, »akzeptieren die Regierungsparteien [SPD, Fortschrittspartei, Zentrum] einen Forderungskatalog der Gewerkschaften: die Bestrafung der Putschisten und die Auflösung der konterrevolutionären Verbände, Aufstellung republikanisch gesinnter Truppen aus der organisierten Arbeiterschaft, Inangriffnahme der Sozialisierung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.«⁴ Der Forderungskatalog wurde nie umgesetzt, die verurteilten Putsch-Generale und -Offiziere bereits im August des selben Jahres von der Regierung amnestiert.

»Schon im Kapp-Putsch versuchten sie, durch einen militärischen Handstreich wieder zur Macht zu kommen. Sie wurden durch den Generalstreik noch einmal zurückgeschlagen, aber vor der Vernichtung gerettet durch die Ebert-Noske-Scheidemann. Sie lernten aus der Niederlage. Sie begriffen, dass auf dem Wege des Putsches, rein militärisch, die Macht nicht zu erobern und zu halten sei, dass es dazu einer politischen Massengrundlage, breiter, konterrevolutionärer Massenorganisationen bedurfte. Diese schufen sie sich in der Nationalsozialistischen Partei, im Stahlhelm usw.«⁵

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik

Zum Ende der Weimarer Republik und zur Machtübergabe an die NSDAP erklärt der Bundespräsident »Zugleich denken wir zurück an den langen, nicht immer einfachen Weg dieser Partnerschaft. An einen Weg, der in Krieg und Revolution begann, der durch Unterdrückung und Diktatur führte, durch den Untergang der ersten Demokratie, und der erst in der zweiten zu einem Weg der echten, dauerhaften Zusammenarbeit wurde. [...] Dass die nachfolgenden staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft in Gestalt von Notverordnungen und die Konflikte, die diese nach sich zogen – vor allem in der Krise nach 1929 –, zu einem Brandbeschleuniger sozialer Unruhen und der Verächtlichmachung der Demokratie werden sollten; dass die Nationalsozialisten erst durch die Gleichschaltung der Verbände und die Abschaffung aller Tarifautonomie die deutsche Wirtschaft vollständig in den Dienst ihrer Ideologie und ihrer Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie stellen konnten – all das zeigt doch vor allem eines: Wie wichtig diese Regelungsebene zwischen Staat und Markt, diese Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Teilhabe, für die Stabilität und Integrationskraft unserer Demokratie bis heute ist!«

Auch in seiner Stellungnahme zum Scheitern der Weimarer Republik verschweigt und vernebelt Bundespräsident Steinmeier die geschichtlichen Tatsachen. Es waren neben dem Kleinbürgertum die Großindustriellen, die entscheidend zum Untergang der Weimarer Demokratie beigetragen haben. An deren Ende förderten und finanzierten die Unternehmer die völkische Rechte in Gestalt der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und die Nationalsozialisten. Dem Faschismus übertrug die Bourgeoisie 1933 die Aufgabe, ihre gesellschaftliche Stellung, den Kapitalismus zu retten, nachdem die anderen politischen Parteien des Bürgertums abgewirtschaftet hatten. Wie war es dazu gekommen?

Das Stinnes-Legien-Abkommen bildete den Rahmen für das Handeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Der Konsens, die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kapital und Kabinett, war längst zum Selbstzweck geworden. Daran hielten sie auch fest, nachdem die Gegenseite schrittweise davon abrückte und das Abkommen schließlich gänzlich aufkündigte. Der sozialde-

⁴ Wolfgang Niess. »Die Revolution von 1918/19«. Seite 428

⁵ Der Zusammenbruch der Weimarer Republik und was weiter? Herausg. von der KPD Opposition, Ende 1932

mokratischen Politik waren die Grundlagen entzogen. Die KPD konnte aufgrund ihrer pseudoradikalen Rhetorik und linkssektiererischen Haltung die enttäuschte Anhängerschaft nicht für einen revolutionären Ausweg aus der Krise gewinnen.

Die Gegenseite, die »Stinnes«, die Vertreter des deutschen Finanz- und Industriekapitals, waren nüchterner. Sie sahen in ihrem Abkommen mit Legien nur ein Mittel zum Zweck. Für die schon erwähnten sozialpolitischen Zugeständnisse sicherten sie sich, angesichts des revolutionären Ansturms, die Unterstützung der Gewerkschaftszentralen gegen drohende Sozialisierungen. Nachdem die Unruhen und Aufstände der Nachkriegsjahre – und damit die Gefahr der Enteignung – gebannt war, entfielen die Voraussetzungen, unter denen sie die Vereinbarung geschlossen hatten. Die Unternehmer fühlten sich immer weniger an das Abkommen mit den Gewerkschaften gebunden. Ihre Angriffe auf die mageren sozialen Absicherungen und die dürftigen demokratischen Rechte nahmen zu. Sie beschleunigten sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise. Die ehemaligen Partner aus den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, wurden zu Feinden, deren Einfluss auf die Republik gebrochen werden sollte.

Präsidentalkabinette und Notverordnungen

Die Wirtschaftskrise hatte verheerende Auswirkungen auf die soziale und politische Lage der Arbeiterklasse. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schnellten in die Höhe. Die Steuereinnahmen gingen bereits im zweiten Halbjahr 1929 zurück. Die Regierung bestand zu dieser Zeit aus einer großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller. *»Es war ein zerbrechlicher Kompromiss zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und den der Großindustrie, traditionell vertreten durch die Deutsche Volkspartei (DVP). [...] Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) forderte die Befreiung von unwirtschaftlichen Hemmungen, Steuererleichterungen und Abbau der sozialen Leistungen, vor allem der Arbeitslosenversicherung. [...] Im März 1930 brach die große Koalition am Streit um die Arbeitslosenversicherung dann auseinander. [...] Die Empörung in den Gewerkschaften und an der SPD-Basis machten weitere Kompromisse unmöglich, und die letzte verfassungsmäßig gebildete Regierung trat zurück.«⁶*

Präsident Hindenburg ernannte den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum Kanzler. Er sollte ein Kabinett aus »Experten« ohne koalitionsmäßige Bindung zusammenstellen. Hindenburg und Brüning planten von Anfang an per präsidentialer Notverordnungen gegen die starke parlamentarische Präsenz der Arbeiterparteien zu regieren. Die Exekutive verselbstständigte sich. Im Jahre 1930 wurde fünf Gesetze per Notverordnung durchgesetzt, 98 wurden vom Reichstag beschlossen. Dieses Verhältnis drehte sich völlig; 1932 wurden 66 Gesetze durch Notverordnungen erlassen, nur noch fünf vom Parlament verabschiedet. *»Das antiparlamentarische Präsidentsregime war gewollt; sein Sinn war eine Verfassungsänderung hin zu einer autoritären Staatsform, in der das Parlament nur minimale Kontrollfunktionen haben würde – wie im Kaiserreich.«⁷*

Kanzler Brüning fand 1930 für die Herabsetzung der Sozialleistungen eine Mehrheit im Parlament – mit Unterstützung der SPD. Diese tolerierte das »kleinere Übel«, auch aus Angst vor möglichen Neuwahlen mit einem weiteren Aufstieg der NSDAP. Aus einer Splitterpartei (1928 Prozentzahl) wurden die Nationalsozialisten bis zum Sommer

1932 mit 37,3 Prozent zur stärksten politischen Kraft. Die traditionellen Interessenvertreter des Bürgertums, wie DVP, Fortschrittspartei oder Zentrum, waren aufgegeben; ein Großteil ihrer Wähler und Anhänger zur NSDAP übergelaufen. *»Die politische politische Macht der Parteien des Bürgertums war zerfallen.«⁸*

Die von Präsident Hindenburg und seinem Kanzler Brüning eingeleitete restaurative Wende entsprach 1930 noch den Interessen des Bürgertums, reichte aber 1932 nicht mehr aus. Die Interessenvertreter der Industrie hatten sich von der Regierung Brüning abgewandt, die bis dato von der SPD toleriert wurde. NSDAP und die völkische DNVP schlossen sich in der »Harzburger Front« zusammen, riefen zum Sturz der Regierung und demonstrierten mit Massenaufmärschen ihre Einigkeit. Am 1. Juni 1932 wurde Kanzler Brüning durch Franz von Papen ersetzt; am 3. Dezember folgte das nächste Präsidentskabinett unter Kurt von Schleicher⁹.

Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932

Die letzte SPD-Bastion war die geschäftsführende, sozialdemokratische geführte Landesregierung unter Otto von Braun im größten Bundesland des Reiches, in Preußen. Am 20. Juli setzte sie Reichskanzler Papen per Notverordnung ab und sich selbst als Reichskommissar ein. Die Basis von SPD und Gewerkschaften war kampfbereit und wartete, teilweise bewaffnet, in den Gewerkschaftshäusern auf das Signal zu Losschlagen. Es blieb aus. Die Parteispitze der SPD verzichtete darauf, ihre sozialdemokratischen Wehrverbände des »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« zu mobilisieren. Es genügten ein Hauptmann und drei Soldaten um den Innenminister Severing, Befehlshaber von 90.000 preußischen Polizisten, aus seinem Amtssitz zu komplimentieren.

»Der 20. Juli 1932 streckte das, was von der Weimarer Republik noch geblieben war, als Leiche nieder. Nur das Begräbnis steht noch aus. [...] Die Januarkämpfe e 1919, in denen »Spartakus« der Weimarer Republik erlag, erschütterten zwei Erdteile. Die Weimarer Republik bahnte sich den Weg über die Leichen von 10.000 revolutionären Arbeitern, über die Leichen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs. Um den 20. Juli 1932 zu inszenieren, genügten ein Hauptmann und drei Reichwehrsoldaten. Der Januar 1919 – die große geschichtliche Tragödie. Der 20. Juli 1932 – die platte Kommune der Severing und Grezesinski. [...] Die parlamentarische Republik ist zu Ende, gemeinsam von Papen-Schleicher und den Nazis niedergeworfen. [...] Auf dem Rücken der Nazis, mit ihrer Unterstützung, hat sich in den Sattel geschwungen dieselbe Gesellschaft, die am 9. November 1918 vor dem revolutionären Sturm in die Mausellocher kroch, um sich sofort »auf den Boden der Tatsachen« zu stellen, zusammen mit Ebert und Scheidemann, die konterrevolutionäre Konspiration gegen »Spartakus« zu beginnen und sich mit einer Zähigkeit ohnegleichen an die Wiedereroberung der verlorenen Position zu machen: die alten Kriegsschlächter, die Junker, und in ihrem Nachtrab die Spitzen des Monopolkapitals.«¹⁰

8 Ebenda Seite 296

9 *»Sein Konzept einer Querfrontregierung unter Spaltung der Nationalsozialisten scheiterte rasch. Die von Schleicher daraufhin angestrebte Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen, also einen Staatsstreich, lehnte Hindenburg ab, woraufhin Schleicher am 28. Januar 1933 demissionierte und sich ins Privatleben zurückzog. Am 30. Januar 1933 wurde an seiner Stelle Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.«* (aus Wikipedia)

10 Der Zusammenbruch der Weimarer Republik und was weiter? Herausg. von der KPD Opposition, Ende 1932

6 Klaus Dallmer. Die Meuterei auf der »Deutschland«. S. 285

7 Ebenda Seite 291



Die Abordnung der NSDAP bei der Gründung der Harzburger Front, u.a. mit Heinrich Himmler, Ernst Röhm und Hermann Göring

Am 30. Januar 1933 übertrug Reichspräsident Hindenburg die Kanzlerschaft an Adolf Hitler. Die beiden Lager der Konterrevolution, die völkisch monarchistische Reaktion und die Nazis, rangen nun um die Verteilung der Macht. Die Nationalsozialisten blieben Sieger. Es war nur ein noch kurzer Weg zur völligen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zur Gleichschaltung der Gesellschaft. Der vollzog sich nicht ohne Selbstdemütigung der Gewerkschaften. Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) hatte seine Mitglieder zur Teilnahme an den Feierlichkeiten der neuen Machthaber zum 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld aufgerufen. Sie boten ihre Mitarbeit an der neuen, nationalsozialistischen Volksgemeinschaft an. Und sie hofften dadurch die legale Existenz der Gewerkschaftsorganisationen sichern zu können. Am 2. Mai stürmten SA-Trupps die Vereinshäuser; die Gewerkschaften wurden verboten.

»Die parlamentarische Republik säte die Drachensaat, die jetzt aufgeht. Die parlamentarische Republik, der illusionäre Versuch die Klasseninteressen des Monopolkapitals und des Proletariats zu vereinigen, hat sich in einem 14-jährigen Experiment selbst zum Ende geführt, das die vollständige Widerlegung all der Illusionen gebracht hat, die von Seiten des Reformismus diesem Versuch zu Grunde lagen.«¹¹

Der Weg für den sechs Jahre später begonnenen Revanchekrieg, für den II. Weltkrieg, war geebnet. Die Vertreter des deutschen Faschismus hatten aus den Ereignissen des November 1918 gelernt. Sie duldeten keine, noch so sanftmütige, zahme und willige Oppositionspartei mehr. Schließlich war aus der Anhänger- und Mitgliedschaft der Sozialdemokratie im Verlauf des I. Weltkrieges der Widerstand gegen Hunger, Not und Krieg sowie die Novemberrevolution erwachsen. Der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung hatte sich in diesen Auseinandersetzungen herausgebildet.

A.B. 2.12.2018 ■



Gründung der Harzburger Front:
Der »Pressezar« Alfred Hugenberg, Prinz Eitel Friedrich von Preußen und der DNVP-Abgeordnete Otto Schmidt-Hannover

11 ebenda

Kundgebung vor dem Brandenburger Tor

Am Vorabend des 100. Jahrestages der Revolution von 1918, am 8. November, fand in Berlin eine Kundgebung am Brandenburger Tor statt. Aufgerufen hatte die Initiative »1918unvollendet«. Ziel war es, das Jubiläum zu nutzen, um an die vergessene Revolution zu erinnern. Über Jahrzehnte, aufgenommen während der Studentenbewegung, war sie verdrängt worden, spielte auch innerhalb der Gewerkschaften und in deren Bildungspolitik keine Rolle. Dies zu ändern ist eines der Ziele der Initiatoren. Die Kundgebung sollte ein öffentlicher Auftakt sein, wohl wissend, dass es keine Massenveranstaltung werden würde. Ca. 250 Zuhörer*innen hatten sich eingefunden. Für die Rednerinnen und Redner stand neben den historischen Ereignissen die Auseinandersetzung mit dem aktuellem Kurs der Gewerkschaften im Mittelpunkt.¹ Deren Spitzen feierten zusammen mit den Vertretern des Unternehmerlagers 100 Jahre Sozialpartnerschaft.

A.B. 2.12.2018 ■

Bodo Zeuner ging zu Beginn seiner Rede auf diese »deutsche Erinnerungskultur« ein:

Es ist erstaunlich, wie gründlich diese echte Revolution in der deutschen politischen Erinnerungskultur verdrängt, ja geradezu beschwiegen worden ist. [...] Dagegen kannten alle den 9. November als Tag des Mauerfalls 1989 und auch als Tag der NS-Pogrome 1938. Dass die Revolution von 1918 durch zufällige oder auch nicht zufällige andere Besetzungen des deutschen »Schicksalstages« 9. November verdrängt worden ist, das ist mit Sicherheit kein Zufall. Zufällig war, dass der Mauerfall 1989 auf genau dasselbe Datum fiel. Aber aus diesem Zufall ließ sich prächtig Kapital schlagen. Für den Mainstream stand der 9. November 1989 für eine »friedliche Revolution«, für einen Zusammenbruch der DDR, für den weltweiten Sieg des kapitalistischen Modells und für einen gestärkten deutschen Nationalstaat als dominierende Macht in Europas Mitte. Es traf sich gut, dass die vom NS-Regime 1938 organisierten antijüdischen Mordaktionen auch an einem 9. November begonnen hatten, von den Nazis übrigens durchaus bewusst auf den Jahrestag der Revolution gelegt, die aus ihrer Sicht von den »Novemberverbrechern« von 1918 veranstaltet worden war. Nach 1989 ließ sich in Gedenkreden zum 9. November betonen, dass das neue, vergrößerte Deutschland selbstverständlich keine Wiedergeburt von Hitlers Großdeutschland sei. So ersparte man sich eine Auseinandersetzung mit dem Revolutionsgeschehen von 1918/1919 und seinen bis heute nachwirkenden Licht- und Schattenseiten. Anders als die Bürgerbewegungen beim Zusammenbruch der DDR 1989 war die deutsche Revolution 1918 nicht friedlich. Zwar waren ein schneller Frieden und das Ende des Kriegsleidens zunächst das zündende Motiv für die Matrosenaufstände und die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten. Aber für diesen Frieden musste gekämpft werden, von vornherein auch mit Todesopfern. Und diese Opfer steigerten sich 1919 in die Tausende. Selbstverständlich war die Novemberrevolution von 1918 auch nicht, wie 1989, pro kapitalistisch, sondern mehr oder weniger explizit sozialistisch. In der Massenbewegung, die sich rasend schnell ausbreitete, wuchsen die Forderungen nach einer Enteignung der Großkapitalisten und der Großagrarier. [...]

Zur historischen und aktuellen Rolle von SPD und Gewerkschaften erklärte er u.a.:

»Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!« Diese Parole aus den Arbeiterräten war damals verständlich. Gemeint waren vor allem die Führer des Feldzuges gegen die radikale Linke wie Ebert, Scheidemann, Noske. Gleichwohl war die Parole nicht wirklich zutreffend, denn diese Führer wollten nie eine Revolution, im Gegenteil, sie taten alles, um sie zu verhindern. [...] Die MSPD-Führer wollten einen geordneten Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Muster und eine arbeitnehmerfreundlichere Sozialverfassung. Der Schwerpunkt lag auf »geordnet«. Im Zweifelsfall haben sie das Bündnis mit den reaktionärsten Kräften der alten Ordnung jedem Zusammengehen mit radikaleren, kommunistischen, anarchistischen Kräften vorgezogen, auch um den Preis tausendfacher Opfer. Wenn heutige Historiker Eberts Politik als Strategie der Vermeidung eines »Bürgerkriegs« rechtfertigen, ist das ein Hohn – denn Ebert und Noske führten selber im Bündnis mit den Freikorps einen brutalen Bürgerkrieg gegen alle Linken, die mehr wollten als einen parlamentarisch gemäßigten Kapitalismus. [...] Die Freien Gewerkschaften waren sozialdemokratisch, aber sie spielten 1918 eine eigene Rolle. Parallel zum direkten Draht von Ebert mit dem Heereschef Groener vom 9. November gab es sechs Tage später das Stinnes-Legien-Abkommen [...] Dafür verzichteten die Gewerkschaften auf alle weitergehenden Forderungen nach Sozialisierung, wie sie in der Revolution von den Räten erhoben worden waren. Es war die Geburtsstunde der Deutschen Sozialpartnerschaft.[...] Anders als beim Bündnis von Ebert mit der alten Militärmacht mussten die Herrschenden hier reale Zugeständnisse machen. Der Fabrikdespotismus schien gebrochen, Wege zur Wirtschaftsdemokratie und zum Ausbau des Sozialstaates schienen geöffnet. Aber auch dieser Erfolg währte nur kurz: Die Arbeitgeber nutzten jede Gelegenheit zum Rollback. Der 8-Stundentag wurde schon



„Die Zeit der Romantik ist vorbei. Der Friedensengel sieht jetzt so aus“: Karikatur der Zeitschrift „Simplicissimus“, sie zeigt den Industriellen Hugo Stinnes.

¹ Die vollständigen Reden sind nachzulesen unter: <http://1918unvollendet.blogspot.eu/>

1923 gekippt, und der Medienkapitalist Alfred Hugenberg, der das Stinnes-Legien-Abkommen 1918 mit unterzeichnet hatte, wurde im Januar 1933 Hitlers Wirtschaftsminister. [...]

Zum einen gibt es heute keine weiter bestehende Oberste Heeresleitung und – jedenfalls in Deutschland – bisher noch keine paramilitärischen Freikorps. Die wichtigsten Ordnungskräfte sind heute die großen Kapitale selber. In der CDU schickt sich der Deutschland-Chef der weltgrößten Kapitalanlagefirma Blackrock an, Merkels Nachfolger zu werden; für die SPD hat der Vizekanzler und Finanzminister Scholz Herrn Kukies, den deutschen Chef von Goldman-Sachs, zum obersten Finanzmarktlenker und Staatssekretär gemacht. Das Bündnis mit den Kapitalmächtigen ist den heutigen Sozialdemokraten wichtiger als mit irgendwelchen rebellischen Arbeiter/innen, Bürger/innen oder gar Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. [...] Anders als 1918 ist die Ideologie der heutigen Mehrheitssozialdemokraten nicht nur ordnungsliebend, sondern vor allem auch neoliberal – das bedeutet die Abkehr von der Sozialstaatlichkeit, für die 1918/19 noch eingetreten wurde. Kapitalkonforme Sozialstaatsabwickler wie Schröder und Blair, Kern und Renzi, Hollande und Papandreou konnte es 1918 noch nicht geben. [...] Der DGB hat vor ein paar Tagen einen Festakt mit den Arbeitgeberverbänden und einer Festrede des Bundespräsidenten Steinmeier zum Thema »Hundert Jahre Sozialpartnerschaft« veranstaltet. Beklagt wurde vom DGB-Vorsitzen Reiner Hoffmann, dass heute immer mehr Arbeitgeber aus der 1918 vereinbarten Tarifbindung aussteigen. Aber davon, dass es 1918 ein Fehler war, die private Kapitalmacht unangetastet zu lassen, war nicht die Rede. [...]

Vorbilder für uns, im Alltag und in der Politik, sind die Revolutionäre von 1918 auf jeden Fall in einem Punkt: Wir können etwas tun! Es lohnt sich! Widerspruch gegen angemaßte Autorität, Courage gegen die Frechheit der Chefs, Zusammenschluss mit anderen, die sich empören oder Grund zur Empörung haben, mit einem Wort: Mut vor Fürstenthronen war damals und ist heute gut und richtig, und manchmal führt das auch dazu, dass nicht nur die Fürsten von den Thronen purzeln, sondern auch die Throne selber umstürzen.

Doris Heinemann-Brooks (ver.di) legte den Schwerpunkt ihrer Rede auf Folgen der heutigen Kooperation zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern des Kapitals. Nach einer kurzen Erläuterung über die Entstehung der ersten Tarifverträge im Kaiserreich und den Abschluss des Stinnes-Legien-Abkommens erklärte sie:

Doch wie ist es um die Tarifbindung in der BRD bestellt? Seit Jahren ist sie rückläufig, im Handel sind nur noch ca. 30% der Betriebe tarifgebunden. Die Arbeitgeber scheuten sich auf dem Festakt noch nicht einmal davon zu sprechen, wie sie (welch Arroganz auf einem gemeinsamen »Festakt«!) aus ihrer Perspektive die Tarifbindung wieder attraktiver gestalten können. Da spricht sich Arbeitgeberpräsident Kramer dafür aus, mehr Flexibilität und mehr Öffnungsklauseln einführen zu wollen. Er stellt sich vor, Tarifverträge künftig in Modulen zu gestalten und Arbeitgebern und dem jeweiligen Betriebsrat die Aufgabe zu übertragen, gemeinsam zu entscheiden, welche Module sie in ihrem Betrieb anwenden zu wollen. Das Kapital scheut sich also noch nicht einmal mehr, auf einer Veranstaltung mit den Gewerkschaften, diesen deutlich zu erklären, dass man sie als Verhandlungspartner doch gar nicht brauche. Mit Tarifautonomie hat das wenig bis nichts mehr zu tun!

Wie sieht es in den Betrieben, bei den Betriebsräten aus? Vorweg gesagt, es gibt gute und aktive Betriebsräte, die zum Wohle ihrer Belegschaften verhandeln und den Arbeitgebern deutlich ihre Grenzen aufzeigen. Aber es gibt auch die

andere Seite, beispielsweise das sogenannte Ko-Management. D.h., Arbeitnehmervertreter*innen werden in Themen eingebunden und fühlen sich verpflichtet, anstelle der Unternehmensleitung Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. VW ist hierfür ein gutes (Negativ-)Beispiel. Da werden Abbaupläne des Konzerns durch den Betriebsrat in die Belegschaft transportiert oder politische Veränderungen (aktuell im Dieselskandal, das Thema der Nachrüstung) vehement kritisiert. Das Besondere am Ko-Management ist, dass die Betriebsratsvorstände für ihre Arbeit mit sehr hohen Gehältern belohnt werden, gern auch mal mit gemeinsamen Reisen. [...]

Eine weitere Variante, die in vielen Branchen bekannt ist, ist, dass Betriebsräte nur spärlich beteiligt werden. Alle mitbestimmungsrelevanten Tatbestände müssen eingefordert, gegebenenfalls sogar eingeklagt werden. Die Arbeitgeberseite setzt Maßnahmen um, die Arbeitnehmervertretungen können dagegen zwar klagen, werden vor Gerichten jedoch öfter mit Vergleichen abgespeist (die Maßnahme ist ja schon umgesetzt). Die monetären Sanktionen, die in der Betriebsverfassung vorgesehen sind, sind viel zu niedrig und sind daher kein ausreichend abschreckendes Sanktionsmittel. [...]

Dann gibt es noch die totale Ignoranz von Arbeitgebern, Amazon ist hier ein bekanntes Beispiel.



Das Unternehmen schert sich nicht im Geringsten um die Mitbestimmung, setzt nach Gutsherrenart Maßnahmen um. Schüchtern Beschäftigte und Betriebsräte gleichermaßen ein, überzieht sie mit ungerechtfertigten Abmahnungen und Kündigungen, setzt Anschuldigungen in die Welt, die zwar der Realität entbehren, aber erst mal im Raum stehen und mit Mühen auf dem Klageweg revidiert werden müssen. Manche Beschäftigte, aber auch Betriebsräte sind diesem Gebaren nicht gewachsen. Selbstredend werden keine Tariflöhne gezahlt. [...]

Dazu kommt ein nicht mehr ganz so neuer, aber inzwischen häufiger genutzter Geschäftszweig, den Anwaltskanzleien für sich entdeckt haben. Kanzleien, die Unternehmen beraten und ihnen Wege aufzeigen, wie sie sich von ihren aktiven Betriebsräten trennen können. Da hagelt es Abmahnungen in abenteuerlicher Größenordnung und es wird ausgesperrt und gekündigt. Teilweise werden auch Detekteien auf aktive Betriebsräte angesetzt. Der Fall des BR-Vorsitzen Murat Günes von der Hamburger Firma Neupack ist ein bekanntes Beispiel hierfür. Ihm wurden diverse fristlose Kündigungen ausgesprochen, gegen die er sich erfolgreich zur Wehr setzen konnte. Selbst bei Arztbesuchen, z.B. nach einem Beinbruch, wurde er beschattet, ihm wurde gekündigt und mit heimlich aufgenommenen Fotos belegt, dass er sich eine freie Zeit gönne, obwohl er längst wieder arbeitsfähig sei. Beispiele ließen sich zahlreich darlegen.

Kommen wir wieder zum Anfang zurück. Was ist von der Revolution aus 1918 übriggeblieben und wie lassen sich die



Rolf Becker: »Lasst uns die Scheu überwinden, die Eigentumsfrage als Ursache bis ins Heute gesteigerter Missstände zu stellen.«

damals erhobenen Forderungen wiederbeleben, erneuern? Es fehlt der Arbeitnehmerschaft an Klassenbewusstsein. Dieses wiederherzustellen ist die erste Herausforderung. Es gilt [...] wieder das Bewusstsein für die eigene Stärke zu wecken, in Erinnerung zu rufen. Die Kraft des solidarischen Handelns und Kämpfens wieder zu spüren, Erfolge zu feiern und politische Verantwortung in die eigenen Hände zu legen. Das soll die Aufgabe für uns alle sein.

Rolf Becker (ver.di) machte mit zahlreichen Zitaten einen Ausflug in die Geschichte der Sozialdemokratie:

Internationaler Sozialisten-Kongress in Stuttgart, August 1907: »Der Kongress stellt aufs Neue fest, dass der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im Ganzen. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist.«

Karl Liebknecht, ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn, auf einer Versammlung der SPD in Berlin-Neukölln im Januar 1915: »Eine Organisation, und wäre sie die riesenhafteste an Zahl und materiellen Mitteln, die im entscheidenden Moment versagt, ist damit zusammengebrochen. Eine oppositionelle Kampforganisation, die sich im entscheidenden Moment freudig der Regierungskuratel unterstellt und unter der Pickelhaube des Belagerungszustandes wohnlich einrichtet, hat aufgehört, als oppositionelle Kampforganisation zu existieren. (...) Klassenkampf ist die Losung des Tages. Klassenkampf nicht erst nach dem Kriege. Klassenkampf während des Krieges. Klassenkampf gegen den Krieg. Nimmt die Partei nicht heute, während des Krieges, den Kampf auf, so wird man auch an ihren Kampfgeist nach dem Kriege nicht glauben, weder in den Arbeitermassen noch in den Reihen ihrer Gegner. Jetzt gilt es, sich zu bewähren.«

Kurt Tucholsky, »1918 am Rhein«: »Sie ziehen zurück – wozu sind sie hinausgezogen? Für wen? Verkleidete Bergarbeiter, Handwerker, Rohrleger, kaufmännische Angestellte kommen zurück – mit einem Feind im Rücken, der ihnen im Grunde kein Feind gewesen ist, nur Partner im Kriege – mit einem Feind vor sich, den nur die Klassenbewussten unter ihnen wirklich kennen. Sie wissen noch nicht, was sie zu Hause als Dank des Vaterlandes erwartet: Inflation, dieser betrügerische Bankrott des Staates, Hunger, Arbeitslosigkeit – und 1,67 Mark Kriegsverletztenrente in der Woche. Wozu? Für wen? Für die Bankhalter eurer Kriege; für die Bankhalter eures Friedens.«

Zur heutigen Situation führte Rolf Becker aus:

1945, nach der Niederlage im 2. Weltkrieg, dem vergeblichen Versuch das Resultat des 1. Weltkriegs zu korrigieren,

konnte die Nachkriegsordnung nicht, wie nach 1918, durch eine offene Klassenauseinandersetzung um die Macht im Staat geregelt werden. Sie wurde bestimmt durch die gegensätzlichen Interessen der Besatzungsmächte. In den Westzonen wurden beispielsweise Gewerkschaften erst zugelassen, nachdem durch den Einfluss rechter Sozialdemokraten deren sozialpartnerschaftliche Ausrichtung gesichert war.

Seit dem Ende der sozialistischen Staaten scheint der Weg offen für die deutsche Bourgeoisie von der ökonomisch stärksten auch zur politischen Führungsmacht in Europa. Folgerichtig: militärische Beteiligung zunächst am Krieg gegen Jugoslawien, und: unter Beteiligung der BRD konnten sich NATO und EU inzwischen auch die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas einverleiben. [...]

Zurück zur »Feier« von DGB und BDA. [...] Auf der derzeitigen Website des DGB wird das Abkommen zwischen Stinnes und Legien [...] noch heute als »entscheidender Beitrag zur Zähmung des Kapitalismus und zur Demokratie in der Wirtschaft« gefeiert. Mit Hermann Zoller (IG Medien): »Erleben wir statt sozialem Ausgleich nicht eher eine Zeit der Diktatur der Renditeerwartungen des Kapitals?«

Politisch, [...] auch im Hinblick auf Konfusion und Differenzen unter linken Parteien und Gruppierungen – aus »Faschismus und Kapitalismus« von Bertolt Brecht:

»Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen. Das ist nur eine Zeitfrage. Die große Wahrheit unseres Zeitalters (mit deren Erkenntnis noch nicht gedient ist, ohne deren Erkenntnis aber keine andere Wahrheit von Belang gefunden werden kann) ist es, dass unser Erdteil in Barbarei versinkt, weil die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit Gewalt festgehalten werden. Was nützt es da, etwas Mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, dass der Zustand, in den wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen sagen, dass gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir dies sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Foltern aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist). Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, dass das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.«

[...] Lasst uns die Scheu überwinden, die Eigentumsfrage als Ursache bis ins Heute gesteigerter Missstände zu stellen.



■ HESSISCHE LANDTAGSWAHL 2018

Parteien im Angebot

Nach den Ergebnissen der Landtagswahl in Bayern, bei denen die sogenannten Volksparteien CSU und SPD viele Stimmen verloren hatten, war der Ausgang der Hessenwahl zwei Wochen darauf keine Überraschung mehr. Die Regierungspartei CDU verlor gegenüber der fünf Jahre zurückliegenden Wahl mehr als elf Prozentpunkte (von 38,3 auf 27,0 Prozent), ebenso die SPD (von 30,7 auf 19,8 Prozent). Die großen Gewinner waren Grüne (plus 8,7 Prozentpunkte auf 19,8) und AfD (plus 9 auf 13,1)¹. Die Linke legte um 1,1 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent zu. Die CDU erhielt mit 27 Prozent der Stimmen anteilig die Mehrheit und kann den künftigen Ministerpräsidenten stellen, der wohl wieder Volker Bouffier heißen wird. Die Wahlbeteiligung sank gegenüber 2013 von 73,2 Prozent auf 67,3 Prozent, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass damals gleichzeitig zum Bundestag gewählt wurde.

Betrachtet man nur die Gewerkschaftsmitglieder unter den Wählenden, so ist die SPD in Hessen glimpflicher davon gekommen als in Bayern. So wählten in Hessen 28,3 Prozent der GewerkschafterInnen² die SPD (gegenüber 19,8 Prozent aller Wählenden); in Bayern waren es nur 13,9 Prozent (gegenüber 9,7 Prozent aller Wählenden). Die Grünen wurden von hessischen GewerkschafterInnen fast ebenso häufig gewählt (18,2 Prozent), wie von allen Wählenden (19,8). Die AfD wurde von GewerkschafterInnen überproportional häufig gewählt (17 Prozent gegenüber 13,1 Prozent). Die Linke erhielt von GewerkschafterInnen 8,4 Prozent (gegenüber 6,3 Prozent aller Wählenden).

Eine Ampel-Koalition, in der die Grünen den Ministerpräsidenten stellen würden, wird von FDP wie SPD gleichermaßen ausgeschlossen. Deshalb läuft es nach dem amtlich festgestellten Wahlergebnis auf die Fortsetzung der schwarz-grünen Landesregierung hinaus, mit geschwächter CDU und gestärktem grünen Koalitionspartner.

Im Vergleich der Landtagswahlen 2013 und 2018 verloren SPD und CDU vor allem Stimmen an die Grünen (104.000 resp. 99.000), die CDU fast gleich viele an die AfD (96.000), die SPD dagegen nur 38.000 an die AfD und 25.000 an Die Linke. Vergleicht man jedoch die Stimmabgabe der CDU-Wähler mit der Stimmabgabe bei der Bundestagswahl

2017, wie es das Meinungsforschungsinstitut Forsa tut, so haben von den CDU-Abwanderern 41 Prozent die Grünen gewählt und nur 9 Prozent die AfD. Der Erfolg der Grünen ist auch Ausdruck eines liberalen Protests gegen eine zunehmende Rechtsentwicklung. Diese wird nicht nur in der AfD gesehen, sondern auch in den Stellungnahmen und im Agieren Seehofers. CDU-Wähler, denen das zu weit geht, haben sich diesmal wohl für die Grünen entschieden. Das Nachgeben der SPD im Fall Maaßen, d. h. der Anfangs vorgesehenen Beförderung zum Staatssekretär im Innenministerium, mag dann auch für SPD-Wähler das Fass zum Überlaufen gebracht haben.

Eine besondere Überraschung war es, dass die Grünen nun erstmals fünf der insgesamt 55 hessischen Direktmandate erhielten; alle in den Großstädten Kassel (1), Frankfurt am Main (2), Offenbach (1) und Darmstadt (1). Die CDU erhielt 40, die SPD 10 Direktmandate. Dass die Wählerschaft der Grünen vor allem in den großen Städten wohnt, wird beim Vergleich des Abschneidens im ehemals sozialdemokratisch dominierten Nordhessen deutlich: Lag in den Wahlkreisen Kassel-Land I und II die SPD (29,2/31,4 Prozent) vor CDU (23,7/22,0) und Grünen (15,3/16,9), so verschiebt sich das Bild in den Wahlkreisen Kassel-Stadt I und II – hier lagen die Grünen bei 28,1 resp. 21,4 Prozent, SPD und CDU bei 20,5/22,6 und bei 20,5/18,2 Prozent. Ähnlich sieht das Bild im hessischen Süden mit seinen vier Großstädten aus. Die SPD hat am ehesten in einigen nordhessischen Landkreisen ihre Position als stärkste Partei (auf niedrigem Niveau) halten können, in der Mitte und im Süden wurde sie weithin nur dritter Sieger.

Die Linke dagegen ist überwiegend Stadtpartei und liegt in den ländlichen Wahlkreisen überwiegend unter fünf Prozent. Sie hat in diesen Wahlkreisen ihre Hochburgen dort, wo auch die Grünen stark sind. Waren bei den letzten Landtagswahlen die Hochburgen der Linken eher in Wahlbezirken mit sozialen Problemen, so hatten sie dieses Mal Zuwächse vor allem in mittelständischen bzw. von einer Alternativkultur geprägten Stadtteilen. Das könnte auf Veränderungen in der sozialen Basis und der Mitgliedschaft der Linkspartei hinweisen.

Dagegen hat die AfD in fast allen 55 Wahlkreisen zweistellig Stimmen erhalten; die sechs Ausnahmen liegen in Frankfurt (4) und Darmstadt (2). Aber auch hier deutet sich eine Verschiebung in der Wählerschaft an: Hatte die AfD

¹ Prozentangaben Stand 30. Oktober 2018

² Alle Arbeitnehmerorganisationen, also neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund



2013 als »Professorenpartei« ihre stärksten Bastionen noch in den mittelständisch geprägten Stadtteilen, so sind diese nun in den sozialen Brennpunkten zu finden.

Wahlergebnisse im Abstand von vier oder fünf Jahren regen dazu an, Vergleiche anzustellen, gesellschaftliche und politische Veränderungen zu analysieren. Das ist auch dieses Mal so. In den Interviews der Berufspolitiker in Presse und Fernsehen wurde in dem Streit zwischen CDU und CSU, vor allem den Angriffen des bayerischen Parteivorsitzenden Seehofer auf Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine Hauptursache für das schlechte Abschneiden der Unionsparteien in beiden Landtagswahlen angeführt. Sowohl in der SPD als auch in den Unionsparteien wird viel von »Erneuerung« geredet – in der SPD ist der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert mit dieser Forderung in den Medien populär geworden. Die Erneuerungsforderung in der Union richtet sich in erster Linie gegen die langjährige Kanzlerin und Parteivorsitzende Angela Merkel. In beiden Fällen bleibt diese Forderung merkwürdig substanzlos. In ihrer Unschärfe deckt sie sich mit der Behauptung, man müsse den Wählern die richtigen Angebote machen. Aber das ist wenig überzeugend, denn aus den regelmäßig in Auftrag gegebenen Wählerbefragungen müssten die Parteistrategen ja seit Jahr und Tag genau wissen, was die Menschen wollen. Gleichwohl scheint das nicht zu funktionieren; die Leute reagieren nicht so, wie es die Parteiführungen erwarten. Würde sich das ändern, wenn es die GroKo, die Große Koalition in Berlin, nicht mehr gäbe? Auch darüber sind sich die Stäbe im Willy-Brandt-Haus und im Konrad-Adenauer-Haus nicht einig.

„... Jetzt ist die Zeit, als CDU unser Angebot für das kommende Jahrzehnt zu formulieren. Deutschland braucht den politischen Generationenwechsel. Jeder Politikstil hat seine Zeit. Unsere Zeit ist modern und wertebewusst, digital und analog, europäisch und national, wirtschaftsfreundlich und sozial, weiblich und männlich. Das sollte sich in unserer Führung widerspiegeln. ...“

(Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit, Mitglied des CDU-Präsidiums und Kandidat für den Parteivorsitz, in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 1. 11. 2018)

Ende der Volksparteien

Ein Hauptaugenmerk galt dem anhaltenden Niedergang von SPD und Unionsparteien, der sogenannten Volksparteien. Der Begriff ist heute schwer erklärbar, denn eigentlich sehen sich – vielleicht mit Ausnahme der FDP – alle Parteien als Volksparteien, als deren Gegenstück einem am ehesten Klassenparteien oder Milieuparteien in den Sinn kommen. Der Begriff der Volksparteien geht in Deutschland auf die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. In Westdeutschland, der BRD, entstanden unter den Bedingungen der Blockkonfrontation auf deutschem Boden, mit der DDR im Osten, eine sozialdemokratische Partei, die in der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital einen Dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu erringen glaubte, und eine CDU, die mit dem Etikett der Sozialen Marktwirtschaft ebenfalls eine Art Gegengift gegen den Sowjetblock propagierte. Die SPD sah sich als Partei der Lohnabhängigen und der DGB-Gewerkschaften und stand weltanschaulich eher im protestantischen Lager, die CDU betonte stärker die bürgerliche Seite, die höheren Angestellten und Beamten und hatte über viele Jahre die Unterstützung der katholischen Kirche insbesondere im Rheinland, Rheinland-Pfalz und in Bayern, wo die Pfarrer bis in die sechziger Jahre zu deren Wahl von der Kanzel aufriefen. Diese Parteien waren in den ersten Jahrzehnten der BRD tatsächlich Milieuparteien auch in dem Sinne, dass die SPD die Rathäuser der großen Städte dominierte, während die agrarisch geprägten Gebiete der CDU zufielen – von Ausnahmen (z. B. Nordhessen, wo die SPD fest zementiert schien) abgesehen.

Gleichzeitig waren die beiden Volksparteien so groß, dass sich zwangsläufig in ihnen Flügel oder Fraktionen bildeten, die gemeinsame bzw. widerstrebende Interessen bündelten. Für deren Repräsentanten war es nahe liegender, Kompromisse innerhalb der Partei zu schließen, als eine Spaltung zum eigenen Nachteil zu riskieren. Sie ähnelten insoweit den großen britischen Parteien Labour und Tories, die allerdings unter dem Druck des Mehrheitswahlrechts stehen. Erst in den siebziger Jahren entstanden im Anschluss an die Studentenbewegung und die Septemberstreiks breite oppositionelle Strömungen, welche die Grünen unter Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit und anderen empor spülten. Das rebellische Element, das die Gründung der Grünen Partei ermöglichte (und natürlich

das System des Verhältniswahlrechts), der Protest auf der Straße gegen Umwelterstörung, für Feminismus und soziale Minderheiten gab den Grünen einen linken Anstrich, der ganz offenbar nichts mit ihrer Wirklichkeit zu tun hatte. Das offenbarte sich im Regierungseintritt der Grünen unter Joschka Fischer in Hessen unter Holger Börner (SPD) und später im Bund unter Gerhard Schröder, an ihrer Beteiligung am Krieg der Nato gegen Jugoslawien 1999 und der Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen.

Auf der politischen Rechten hatte es auch Versuche gegeben, rechts von CDU/CSU Parteien zu gründen, die alte und neue Nazis und nationalliberale Kreise zusammen führen sollten. Aber NPD und »Republikaner« konnten sich weder bundesweit noch in den Landesparlamenten dauerhaft behaupten.

Der Untergang der Sowjetunion und die Eingliederung der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik schufen allerdings die Grundlage für die Entstehung einer Linksabspaltung aus der SPD in Gestalt der WASG und ihrer Verbindung mit der PDS und den Zusammenschluss beider in der bundesweiten Partei Die Linke.

Der politischen Rechten (rechts von CDU/CSU) in Deutschland gelang ein (bislang) anhaltender Aufstieg vor allem mit der Propaganda gegen Europäische Union und den Euro sowie – vor allem seit der sogenannten Flüchtlingswelle 2015 – gegen die Immigration. Ein wesentlicher Auslöser war die Finanzkrise 2009 und die sogenannte Griechenland-Rettung durch die europäischen Institutionen. Eine Professoren-Partei gegen den Euro, die »Alternative für Deutschland« entstand, die bald zum Sammelbecken für das rechte Lager bis hin zu faschistischen Sekten werden sollte und die Professoren vergraulte.

Blickt man auf die »Angebotsauswahl«, so hatten fast alle Parteien die landespolitisch wichtigen Themen Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, Wohnen in ihrer Wahlwerbung. Aber profitiert haben davon die Grünen, die sowohl in Bayern wie in Hessen die (akademischen) Mittelschichten gewinnen konnten, die mit einem Anteil von 16 Prozent (2017) an den lohnabhängigen Beschäftigten zu einem gewichtigen Faktor bei Wahlen geworden sind.

Der Strukturwandel in der lohnabhängigen Bevölkerung wird im Vergleich der Jahre 1960 und 2017 augenfällig: Arbeiteten 1960 13,7 Prozent in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, so waren es 2017 nur noch 1,4 Prozent. Im produzierenden Gewerbe geht der Beschäftigtenanteil im gleichen Zeitraum von 47,9 Prozent auf 24,1 Prozent zurück, im Dienstleistungsbereich steigt dagegen der Anteil von 38,3 Prozent auf 74,5 Prozent (Quelle: destatis). Diese Zahlen geben nur ein dürres Bild. Das soziale Gefüge in Deutschland hat sich seit den Jahrzehnten der großen Volksparteien grundlegend verändert. Auf dem Arbeitsmarkt haben junge, gut ausgebildete Fachleute heute gute Chancen – wenn sie hinreichend mobil sind und bereit, in die prosperierenden Wirtschaftsregionen zu ziehen. Wer den wachsenden Ansprüchen der großen Unternehmen nicht genügt, muss sich mit befristeten, unsicheren und schlechter bezahlten Jobs zufrieden geben. (Sogenannte »Leistungsgeminderte«, die früher in den großen Firmen an den Toren und bei den Hofkolonnen beschäftigt wurden, wurden schon lange durch Zugangselektronik und Roboter ersetzt.) Aber die Veränderungen in der Arbeitswelt münden nicht in einer neuen Stabilität, in einen sicheren Hafen; sie sind immer nur Vorstufe für neue Veränderungen, für erneute Forderungen des Kapitals nach Erhöhung der Produktivität, nach Wachstum des Profits. Das Gefühl sagt: Das nimmt kein Ende. Wer da nicht Schritt halten kann, geht unter. Die dauernde Be-

schwörung der Konkurrenz spaltet die Gesellschaft und dies wirkt sich auch auf das Wahlverhalten der Menschen aus. Welchem aus der wachsenden Zahl der »Anbieter« soll man vertrauen und die Wahlstimme(n) geben – das einzige Mittel, das der »Bürger« alle paar Jahre unter normalen Umständen hat? Wie kann man seine Wahlstimme(n) am effektivsten einsetzen, um die Politiker/die Regierung zu zwingen, das zu tun, was einem selbst nützt? Unter diesen Umständen kann das Kreuz auf dem Wahlschein die unterschiedlichsten Funktionen haben: Es kann Mittel der Bestrafung von Parteien sein, ebenso wie Belohnung oder Anerkennung. Es kann zugleich auch Ausdruck der Gemeinsamkeit mit einem bestimmten Milieu sein; in diesem Fall ist die individuelle Stimmabgabe zugleich ein kollektiver Akt.

Die Auswahl aus dem »Angebot« welcher Parteien auch immer wird die Lebensumstände der Lohnabhängigen in den absehbaren Konkurrenzkämpfen auf den Märkten nicht stabil und erträglich gestalten können.

16.11.18 ■

Eine Nachlese

Am 17. November veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen Beitrag der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles mit dem Titel »Für eine große Sozialstaatsreform«. Sie betont darin die beträchtlichen Aufwendungen des Staates für die soziale Sicherung. Aus ihrer Sicht sind es *»oft gar nicht die Leistungen selbst, die für Verdruss sorgen, sondern die erfahrenen Demütigungen und Stigmatisierungen«* der Hilfesuchenden. Die SPD müsse eine Reform *»aus der Perspektive derer machen, die den Sozialstaat brauchen, nicht aus der Perspektive derer, die ihn missbrauchen. Dies geht nicht durch viele kleine Reformen, sondern nur im Rahmen einer großen und zusammenhängenden Sozialstaatsreform... Ein wesentlicher Teil einer großen Sozialstaatsreform ist die Reform des Hartz-IV-Systems.«* Es folgen dann konkrete Hinweise, unter anderem zu steuerlichen Hilfen, besserem Wohngeld, Reform der Familienleistungen, Aufwertung der Arbeitslosenversicherung, ein Seitenhieb auf *»die bisweilen brutale Treuhandpolitik«* im Osten Deutschlands. Ein *»sozialer Arbeitsmarkt«* soll Menschen in Beschäftigung bringen, Qualifizierungsmöglichkeiten ausgebaut werden, Besitzstände und Ersparnis geschont werden, *»einmalige Bedarfe«* von Hilfeempfängern sollen wieder eingeführt werden.

Es ist klar, dass die SPD dies in der gegenwärtigen Koalitionsregierung mit der CDU/CSU nicht ansatzweise durchsetzen könnte, vorausgesetzt, sie wollte es tatsächlich. Das wirft die Frage nach der Absicht hinter dem Nahles-Artikel auf. Zum einen könnte diese darin bestehen, die parteiinterne Forderung nach »Erneuerung« zu bedienen, aber es könnte zugleich auch ein vorgezogener Beitrag zu einem anstehenden Wahlkampf sein, falls die GroKo platzen sollte. Es stellt sich in jedem Fall die Frage, mit wem als Koalitionspartner eine SPD in einer von ihr geführten Regierung eine solche Sozialpolitik durchsetzen wollte. Jedenfalls ginge das weder mit den Unionsparteien, noch mit der FDP oder der AfD. Blieben die Linkspartei und möglicherweise die Grünen, die allerdings keineswegs für die »soziale Frage« stehen. Solange die SPD-Spitze nicht sagen kann oder will, mit wem zusammen sie eine solche »große Sozialstaatsreform« durchsetzen will, bleibt da nur warme Luft. ■



Wirkungslose Proteste gegen die AfD

Vor der Landtagswahl in Hessen bildeten sich in allen größeren Städten Bündnisse, die den Einzug der AfD in den Landtag verhindern oder doch zumindest erschweren sollten. So heißt es in einem Aufruf »Keine AfD im Landtag«, der vor allem im gewerkschaftlichen Spektrum verbreitet wurde: »Gegen die AfD und die akute Bedrohung von rechts braucht es ein breites gesellschaftliches Bündnis. Der Kampf gegen Rassismus und die AfD ist Aufgabe aller, die eine offene und solidarische Gesellschaft anstreben.« In einer Erklärung eines Wiesbadener Bündnisses heißt es: »Überall dort, wo es große, bunte Gegenproteste gibt, schneidet die AfD am schlechtesten ab und rechte Hetze bekommt am wenigsten Raum.«

Nach dieser Logik gab es in Hessen kaum eine Veranstaltung der AfD, die nicht von Protesten begleitet worden wäre. An diesen Protesten nahmen zum Teil unerwartet viele Menschen teil. Die Aufrufe zu den Gegenveranstaltungen waren vor allem durch eine moralische Ablehnung der AfD-Positionen bestimmt. Der Rechtspartei wird Rassismus und Antifeminismus vorgeworfen. Vielfalt, Solidarität und Antifaschismus sollten dieser Haltung entgegengesetzt werden. Es ging vor allem darum, die kulturellen Differenzen zum Rechtspopulismus herauszustellen.

Auswirkungen hatten diese Proteste allenfalls auf die CDU. Explizit oder implizit richteten sich die Demonstrationen auch gegen die Versuche von Innenminister Seehofer und anderen, die CDU weiter nach rechts zu drängen. Auch viele CDU-WählerInnen sehen darin eine Gefahr. Der Erfolg der Grünen, die der CDU 108.000 Stimmen abnehmen konnten, dürfte hierin eine Ursache haben.

In Bezug auf die AfD müssen wir jedoch feststellen, dass diese Haltung den Aufstieg der AfD nicht stoppen konnte. Sie ist jetzt auch in den letzten Landtag eingezogen und das mit über 13 Prozent. Sie legte nicht nur gegenüber der Landtagswahl 2013 zu (damals scheiterte die noch im Aufbau begriffene Partei an der Fünf-Prozent-Hürde), sondern Prozentual auch gegenüber der Bundestagswahl 2017.

Wer die AfD prozentual stoppen oder auch nur bremsen will, müsste sich zuerst einmal fragen, warum diese Partei in den letzten Jahren so stark geworden ist. Das aber wird überhaupt nicht geleistet. Es scheint, als wäre eine Horde übler Menschen plötzlich in eine heile Welt eingefallen und wolle alles Positive zerstören. Dabei konnte schon seit etlichen Jahren festgestellt werden, dass sich viele Menschen vom politischen System abwenden, sich von Wahlen nichts mehr versprechen und nicht mehr daran teilnehmen. Aus diesen NichtwählerInnen konnte die AfD viele ihrer Stimmen gewinnen.

Prekäre Lebensverhältnisse und Niedergang der Volksparteien ...

Viele Menschen, die zuvor CDU oder SPD gewählt hatten, müssen seit etwa zwei Jahrzehnten die Erfahrung machen, dass die Volksparteien nicht mehr in der Lage sind, ihnen eine lebenswerte Perspektive zu geben. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Abbau des Sozialstaats, unbezahlbare Mieten, Abstiegsängste und drohende Altersarmut prägen das Leben von immer mehr Menschen. Um den Profit des Kapitals zu sichern muss die internationale Konkurrenzfähigkeit hergestellt werden und dafür müssen sie Opfer bringen.

Die Zustimmung zu den etablierten Parteien schwindet und die Unzufriedenheit wächst. Politischer oder gewerkschaftlicher Widerstand gegen die Angriffe des Unternehmerlagers und den Sozialabbau waren bisher meist erfolglos. Die Betroffenen sahen dieser Entwicklung ohnmächtig zu und konnten ihre Interessen nicht wirksam vertreten.

... führen zum Aufstieg der AfD

Der Zustrom von Flüchtlingen aus Kriegs- und Hungergebieten wurde vor diesem Hintergrund von vielen als Bedrohung aufgefasst und die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bekam ein Ventil. Die bei vielen schon immer latent vorhandenen, fremdenfeindlichen Vorurteile bekamen ein anderes Gewicht, sie wurden salonfähig und mit der AfD erschien eine Partei, die dieses Thema zum Schwerpunkt ihrer Propaganda machte.

In den Demonstrationen waren die wirtschaftlichen und sozialen Probleme aber allenfalls ein Randthema. Die Politik der AfD wurde fast ausschließlich als Problem für Flüchtlinge, Lesben, Schwule und Transsexuelle dargestellt. Die politische Funktion des Rassismus wird ausgeklammert. Er dient nämlich auch dazu, den von Sozialabbau Betroffenen einen Sündenbock zu präsentieren und von den tatsächlichen Ursachen dieser Entwicklung abzulenken.

Die Verlierer der kapitalistischen Modernisierung sind für die AfD von wachsender Bedeutung. Entsprechend heiß werden soziale Themen zwischen dem wirtschaftsliberalen und dem sozialreaktionären Flügel der Partei diskutiert. Doch die AfD wird die sozialen Belange ihrer WählerInnen niemals ernsthaft vertreten können. Dazu müsste sie den Kampf gegen die Herrschenden aufnehmen. Das aber wäre verpönte Klassenkampf und widerspräche ihrer völkischen Ideologie.

Klassenstandpunkt statt moralischer Apelle

Klassenkampf wäre aber eine notwendige Perspektive für einen linken Widerstand gegen die Entwicklung nach rechts. Rassistische Vorurteile lassen sich nicht durch Ächtung und auch nicht durch noch so gut gemeinte Aufklärung allein überwinden. Allenfalls individuell kann es hier Erfolge geben. Wir werden es nicht schaffen, alle Menschen zu aufgeklärten, weltoffenen Menschen zu machen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bestimmen aber nicht zwangsläufig das ganze politische Denken. Es gibt andere Themen und Erfahrungen, die diese Ressentiments in den Hintergrund drängen können. Wichtig wäre es daher daran zu arbeiten, andere Themen auf die Tagesordnung zu setzen, damit die tatsächlichen Ursachen sozialer Unsicherheit in den Mittelpunkt rücken. Wenn sich die Betroffenen nicht mehr mit ihrer Opferrolle zufrieden geben und gegen Mietwucher und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen, dann machen sie neue Erfahrungen und der Gegensatz von Oben und Unten gerät wieder stärker ins Bewusstsein.

Dies gelingt aber nicht, wenn sich in breiten Bündnissen der Widerstand gegen rechts darauf beschränkt, die bestehenden Verhältnisse zu verteidigen oder gar zu beschönigen. Diese sind schon jetzt für viele Menschen unerträglich. Dies wird sich noch verschärfen, wenn die derzeitige Konjunktur einmal zu Ende gehen wird. Dann wird es wieder Massenentlassungen geben, steigende Arbeitslosigkeit, Defizite in den Sozialkassen und weitere Angriffe auf den Sozialstaat. Bloß moralische Appelle gegen den Rassismus der AfD werden noch weniger fruchten.

Viele Linke beschränken sich heute auf die »Identitätspolitik«, z.B. auf die Verteidigung der Rechte von Frauen, Homo- und Transsexuellen oder auf den Kampf gegen den Rassismus. Die soziale Frage und die Klassegegensätze werden ignoriert. Auch die Anti-AfD-Demonstrationen standen meist unter diesem Motto. Den Grünen fällt es leicht, solche Proteste für sich zu vereinnahmen und sich

als die Partei darzustellen, die die proklamierten Werte am wirkungsvollsten verteidigen kann. Radikale Linke, die diese Proteste zum Teil mit viel Aufwand organisiert haben, machen sich somit zum Steigbügelhalter einer Partei, die schon vielfach bewiesen hat, dass ihr soziale Fragen gleichgültig sind. Auch in Zukunft wird sie somit zum Aufstieg der Rechten beitragen.

Gewerkschaften: Durch Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt zu wirtschaftlichem Erfolg

Auch für die Gewerkschaften ist der Kampf gegen rechts losgelöst von sozialen und betrieblichen Konflikten. So verabschiedete die IG Metall im Bezirk Mitte gemeinsam mit den Metallarbeitgebern eine Erklärung »Gegen Rassismus und Gewalt, für Menschenwürde und Solidarität in Betrieben und Gesellschaft«. Darin heißt es: »Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt sind feste Bestandteile der Kultur unserer Unternehmen und tragen wesentlich zum Erfolg unserer Wirtschaft bei.« Und weiter: »Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und der Wert einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft für alle begreifbar wird. Dazu leistet unser gemeinsames Handeln einen wichtigen Beitrag.«

Welchen Beitrag das Kapital zu einer »solidarischen Gesellschaft« leisten soll, bleibt ein Geheimnis. Die Realität in den Betrieben bleibt ausgespart, die von den Unternehmern betriebenen Spaltungen der Belegschaften werden ignoriert. Dabei ist die Situation am Arbeitsplatz für viele Beschäftigte ein Grund für die Wahl der AfD (Studie: »Wer wählt Rechtspopulisten? Erfahrung von Unsicherheit und Kontrolle im Arbeitsleben sowie Zukunftssorgen wichtige Faktoren«). Diese Probleme anzugehen wäre wesentlich wichtiger als inhalts- und folgenlose Aufrufe gemeinsam mit den Arbeitgebern.

R.D. 16.11.18 ■

■ KOMMENTAR

Niedergang der Unionsparteien

Die Stimmenverluste der CSU bei den Landtagswahlen in Bayern deuten auf das Ende der seit den Anfängen der Bundesrepublik bestehenden Sonderrolle der CSU. Die CSU ist nicht nur als eigene Partei an Bundesregierungen beteiligt, ihr Vorsitzender nimmt auch auf Augenhöhe mit dem Kanzler oder der Kanzlerin an Koalitionsgesprächen teil, anders als die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände. Zudem ist der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe immer stellvertretender Vorsitzender der gesamten Unionsfraktion. Diese Stellung kann die CSU beanspruchen, solange sie ein Fünftel der Abgeordneten der Gesamtfraktion stellt bzw. bei der Bundestagswahl etwa zwanzig Prozent aller Wählerstimmen der Union mitbringt. Nun mit Wahlergebnissen mit Mitte 30 Prozent unterscheidet sich die CSU nicht mehr deutlich von anderen Landesverbänden der CDU. Inhaltlich war die Sonderrolle der CSU auch damit begründet, dass die CSU immer als besonders konservativer Arm der gesamten Union fungierte; wer die CDU im Bund als zu liberal empfand, konnte der CDU dennoch die Stimme in der Wahl zum Bundestag geben, denn die bayrische Schwester würde es schon in seinem Sinne richten. Auch dieser alte Mechanismus der bundesdeutschen Politik ist durch eine

neue Konkurrenz rechts von der CSU in Frage gestellt, die Sonderrolle der CSU von daher auch inhaltlich bedroht.

Nur so erklärt sich die politische Strategie der CSU: Durch scharfe Positionen in Fragen der Migrationspolitik und der inneren Sicherheit seitens der CSU die AfD dazu zu bringen, sich noch radikaler zu äußern und ihre pseudo-bürgerliche Haltung aufzugeben. »Wenn Handeln und Reden der AfD zusammenfielen, würden die bürgerlichen Wähler sie nicht mehr wählen. Durch solche Positionierung der Union könne zudem das Konzept der Volksparteien – eine Mitte-rechts, eine Mitte-links –, mit dem Deutschland so lange gut gefahren sei, noch gerettet werden.« So erläuterte der Soziologe und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, in der FAZ das Konzept zur Bekämpfung der AfD. (19.10.18) Die Rechnung ging aber nicht auf: 37,2 Prozent der Wählerstimmen sind das schlechteste CSU-Ergebnis seit 1950.

Seit einigen Monaten stellen die Wahlforscher in Umfragen fest, dass die bislang noch stabilen Wählerpotentiale der Volksparteien dramatisch zurückgehen. Bei der CDU/CSU konnten sich Anfang des Jahres noch 42% der Wahlberechtigten vorstellen, diese Parteien zu wählen, heute

dagegen nur noch 34 Prozent. Bei der SPD ist das Wählerpotential seit März von 32 auf 23 Prozent gesunken.

Immer mehr Bürger haben den Eindruck, dass auch in Deutschland die Zeit der großen Volksparteien vorüber ist. Dass sie allgemein an Anziehungskraft einbüßen, wie die jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen, hängt damit zusammen, dass einerseits die staatlichen Finanzen nicht mehr hinreichen die ganze Spannweite der Interessen zu bedienen, die in den Volksparteien zusammenkommen, andererseits die Zwänge der Kapitalakkumulation den bürgerlichen Politikern in der Vertretung der Interessen der Bürger immer weniger Entscheidungsfreiheit lassen. Als Beispiel mögen Beobachtungen aus dem Wahlkampf von Jens Spahn stehen. Am Schluss seiner Ausführungen in Bruchköbel in Hessen wurde Spahn grundsätzlich. Er vermisse die nötige Dynamik im Land, es müsse doch noch möglich sein, eine Straße zu bauen. Er hätte auch sagen können: Neue Startbahnen, Windparks, Überlandleitungen, Olympische Spiele usw. Überall Einsprüche, Bürgerinitiativen, Widerstand gegen den »Fortschritt«, den Neuinvestitionen angeblich bringen.

Anderer Auftritt: Apothekertag in München Anfang Oktober. Die Branche verlangt, dass die Internetapotheken keine rezeptpflichtigen Arzneimittel mehr versenden dürfen. Die Alteingesessenen sehen sich benachteiligt. Spahn windet sich. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs stütze Internetapotheken, der Koalitionsvertrag sehe vor, dass beide Koalitionspartner sich das Thema genauer ansehen. Die Delegierten quittieren den Satz mit höhnischem Gelächter. Der Präsident des Apothekerverbandes: »Es fehlt das Grundvertrauen, dass sich die Politik der Ökonomie entgegenstellt.« Mit jedem Tag schwinde das Vertrauen der Apotheker in die Handlungsfähigkeit der Politik (FAZ 03.11.18).

Forderungen nach Begrenzung des Individualverkehrs wegen gesundheitsschädlicher Autoabgase und Lärm, gegen die weitere Zersiedlung, Betonierung der Naturlandschaften, gegen die massive Zerstörung ganzer Siedlungsgebiete durch den Braunkohletagebau oder gegen die Belastungen des zunehmenden Flugverkehrs kommen aus der gesellschaftlichen Mitte, die die Volksparteien repräsentieren wollen. Zu diesen Forderungen gehören auch das Recht auf bezahlbare Wohnungen, einer qualitativ und quantitativ zufriedenstellenden Schul- und Kindergartenversorgung, gerade wenn die Regierenden auf die Aufnahme von Flüchtlingen dringen. Wiederum spüren viele Lohnabhängige, dass ihr Arbeitsvermögen durch die Digitalisierung der Arbeitsplätze entwertet wird, weil sie mit der Digitalisierung / Computerisierung der Arbeitswelt nicht Schritt halten können oder ihre Arbeitsplätze durch Computer und Automaten ersetzt werden. Der Boden, auf dem die Volksparteien bisher gewachsen sind, zerbröseln mehr und mehr. Bemerkenswert ist allerdings, dass dieser Prozess in Deutschland noch ziemlich langsam von statten geht im Unterschied z.B. zu Frankreich und Italien, wo die bisher dominierenden Parteien schon abgewählt wurden.

Ein Rückblick: Ziemlich früh Anfang des Jahres 2016 war die wachsende Unzufriedenheit breiter Kreise der Bevölkerung mit Bezug auf die vermeintliche Bevorzugung der Flüchtlinge erkennbar und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte sich schnell zum Anwalt gemacht, soziale Nachbesserungen (Mehrausgaben für sozialen Wohnungsbau und Kitaplätze sowie die Aufstockung geringer Renten) auch für die einheimischen »kleinen Leute« zu fordern. Hier standen ihm plötzlich mit großer Festigkeit die großen Unternehmerverbände, der Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel entgegen: »Für alle Parteien gilt, dass Wählerstimmen, die an die AfD gegangen sind, auf keinen Fall mit weiteren, teuren Sozialpaketen zurückgekauft wer-

den dürfen.« So war Lutz Göbel, Präsident des Verbandes »Die Familienunternehmer« stellvertretend für diese Haltung zu vernehmen. (FAZ 15.03.16) Gabriel wurde seitens des Finanzministers Schäuble richtiggehend demontiert: »Wenn wir Flüchtlingen – Menschen, die in bitterer Not sind – nur noch helfen dürfen, wenn wir anderen, die nicht in so bitterer Not sind, das Gleiche geben oder mehr, dann ist das erbarmungswürdig.« Auch CSU-Chef Horst Seehofer wies den Vorschlag zurück: »Was ist das für eine Schnapsidee.« Die Kanzlerin verwies darauf, auch für innovative Projekte müssten noch Spielräume da sein. »Es geht nicht nur um Konsum, es geht um die Innovationsfähigkeit Deutschlands.« Gabriel konterte, wenn der CDU der Überschuss im Haushalt wichtiger sei, als der gesellschaftliche Zusammenhalt, »dann mache sie sich mitschuldig an der Radikalisierung im Land.« (Zeit-online 27.02.16)

Auf einmal, zwei Jahre später, Anfang des Jahres 2018, Markus Söder wurde gerade zum künftigen Ministerpräsidenten von der CSU vorgeschlagen, stellte Söder ein wahres Feuerwerk an sicherheits- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der AfD in Aussicht. Die Einrichtung eines Art »Bayern-Bamf« (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), tausend neue Stellen bei der Polizei, eine eigene bayrische Grenzpolizei zur Aufbesserung der inneren Sicherheit und sozialpolitisch die Gründung einer »Bayernheim« (staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die günstige Wohnung für sozial Schwache, aber auch mittlere Einkommen bauen soll), ein bayrisches Baukindergeld, ein ÖPNV-Plan 50, mit dem bis 2050 der öffentliche Nahverkehr in ganz Bayern vernetzt und vereinheitlicht werden soll, ein Landespflegegeld, Vermehrung der Hospiz- und Palliativplätze usw. Maßnahmen, die jährlich einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag kosten dürften, bot Söder auf, um Terrain von der AfD zurückzuerobern. Zahlreiche CSU-Abgeordnete lobten Söders Vorstoß als »großen Wurf«, »starken Aufschlag«, einer verstieg sich gar zum Wort »genial«. (FAZ 19.01.18) Keine Aufregung dieses Mal, weil es nur den reichen bayrischen Haushalt trifft? Vielleicht ist ja die Rettung der CSU zwischenzeitlich zu »systemrelevant« hochgestuft worden? Diese Episode belegt, dass die Herrschenden schon wussten, wo den »kleinen Leuten« der Schuh drückt, sie aber die Stärkung der AfD dennoch hin nahmen.

Wer die jüngsten Stellungnahmen der Unternehmer, ihrer Verbände und Sprecher studiert, wird unschwer zu dem Ergebnis gelangen, dass die Flügelspannweite der »Volks«parteien weiter beschnitten wird, während die Bedürftigkeit der breiten Bevölkerung nach Schutz vor den schnellen technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen weiter wächst. Von »zu viel Klientelpolitik, zu wenig Zukunftspolitik«, ist da als Vorwurf an die Bundesregierung seitens der wirtschaftlichen Sachverständigen die Rede. Die Bundesregierung müsse dringend handeln, statt die Kräfte im Machtkampf zu verschleiben. Die Krisenherde in Europa, allen voran Brexit und Italien, aber auch der Dieselskandal erlaubten keinen Aufschub.

Der scheidende APA (Asien-Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft)-Vorsitzende Hubert Lienhard befürchtet, dass der Handelskrieg zwischen Amerika und China der deutschen Wirtschaft bald enorme Schwierigkeiten für ihre Investitionen in der Volksrepublik bescheren könnte. Er halte es für möglich, dass Trump deutsche Unternehmen auffordern könne, ihr Geschäft in China zurückzufahren. Noch vor zwei Jahren habe er sich eine solche Situation nicht vorstellen können. »Manchmal haben wir vergessen, dass Amerika die größte Wirtschafts- und Militärmacht ist.« (FAZ 29.10.18) Was den APA-Vorsitzenden umtreibt, versteht man, wenn man weiß, dass China 2017 seinen Spit-

zenplatz unter den Handelspartnern der Bundesrepublik behauptet hat. Die Importe und Exporte summierten sich im vergangenen Jahr auf 186,6 Milliarden Euro. Bereits 2016 war China an den USA vorbeigezogen und zum größten Handelspartner Deutschlands aufgestiegen. Sollte der Exportmarkt China einen Schnupfen bekommen, dann bekommt der »Exportweltmeister« Deutschland eine Lungenentzündung.

Hier muss es zum Konflikt kommen zwischen den »Sozialpolitikern« und »Ökonomen« innerhalb der Volksparteien. Der zeigte sich jetzt in dem Kampf um den CDU-Parteivorsitz. Auf der einen Seite Annegret Kamp-Karrenbauer, die in der Tradition Merkels steht und deren Kurs im Wesentlichen fortführen will. Auf der anderen Seite

eroberte Friedrich Merz gerade die Herzen derjenigen, die Schluss machen wollen mit der »Sozialdemokratisierung« der CDU. Er steht als Aufsichtsrat des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock dafür, dass die »Sozialdemokratisierung« der CDU unter Merkel zurückgedreht wird. Der Wirtschaftsrat der CDU (also der Unternehmerflügel) legte einen Sieben-Punkte-Plan vor: »Steuern runter, mehr Digitalisierung, mehr Marktwirtschaft in der Energie- und Klimapolitik, Fördern und Fordern Langzeitarbeitsloser« (FAZ, 3.12.18) Ein Sieben-Punkte-Plan, der, wie die FAZ weiter kommentiert, »ebenso aus Merz' Feder stammen« könnte und eine »kaum verdeckte Wahlempfehlung« sei. Entsprechend unzufrieden ist er jetzt mit der Wahl von »AKK«. Der Richtungskampf in der CDU wird also weitergehen.

H. 14.12.18 ■



Foto: Oliver Feldhaus/Umbruch Bildarchiv

■ KORREZSPONDENZ

250.000 Menschen beteiligten sich an #unteilbar-Demo

Über zwei Stunden dauerte es, bis sich die letzten Teilnehmer*innen vom Sammelpunkt am Alexanderplatz auf den über fünf Kilometer langen Marsch zur Siegessäule machen konnten. Die Spitze des Demonstrationzugs war dort inzwischen längst angelangt. Statt der erwarteten 40.000 waren eine viertel Million Menschen dem Aufruf »Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!« gefolgt. Für die Organisatoren und Beteiligten ein Riesenerfolg. Nach dem Versuch der CSU-Führung im bayerischen Wahlkampf die AfD rechts zu überholen und nach den Ereignissen von Chemnitz zeigte es die Mobilisierungsfähigkeit der Kräfte, die sich einer solchen gesellschaftlichen Entwicklung widersetzen wollen.

Bereits unmittelbar nach den rassistischen Übergriffen in Chemnitz gab es in Berlin eine spontane und breite Gegenreaktion. Für Donnerstag, den 30. August, hatte Solid, die Jugendorganisation der Linkspartei, zu einer Protestkundgebung am Hermannplatz in Neukölln aufgerufen. Die Mobilisierung erfolgte erst am Vorabend, ausschließlich über Facebook und SMS. Angemeldet waren 100 bis 200 Teilnehmer*innen. Sowohl die Veranstalter als auch

die Polizei wurden überrascht; mehr als 8.000 überwiegend junge Menschen waren gekommen (die Polizei meldete 5.000). Sie zogen in einer spontanen Demonstration über die Sonnenallee – wegen der vielen arabischen Geschäfte, Cafés und Restaurants auch die arabische Straße genannt – zum Rathaus Neukölln. Wegen fehlender Einsatzkräfte vor Ort wurde es eine Demonstration ohne »Polizeischutz«, d.h. ohne die uniformierten Eingreiftruppen, die üblicherweise die Demonstrationzüge an beiden Seiten begleiten und einschüchternd auf Demonstrant*innen und Passant*innen wirken sollen.

Ein breites Bündnis hatte mobilisiert

Auf dem langen Zug der #unteilbar-Demo wurde dann am 13. Oktober die soziale, kulturelle und politische Vielfalt der Kräfte sichtbar, die den Aufruf unterzeichnet und unterstützt hatten. Dazu gehörten u.a.:

- zahlreiche Initiativen aus dem Bereich von Flucht und Migration, von Amnesty International bis zu den Organisatoren der »Seebrücke«;

- die verschiedensten Antifa-Gruppen und Bündnisse, von der VVN bis hin zu den Berliner Fan-Gruppen »Gegen Rassismus in den Fußball-Stadien«;
- unzählige Gruppen aus Sozialverbänden und kirchlichen Einrichtungen;
- zahlreiche Verbände ausländischer Mitbürger*innen, von Islamverbänden bis hin zu palästinensischen und kurdischen Kulturvereinen;
- viele gewerkschaftliche Organisationen und Gremien;
- zahlreiche Parteien und Parteiorganisationen von der Linkspartei, den Grünen und der SPD.¹

Das gesamte politische Spektrum, von autonomen Gruppierungen, kommunistischen und sozialistischen Kleinstparteien und Organisationen, der anarchistischen »Freien Arbeiter Union« (FAU) bis hin zu den Mitgliedern und Anhängern der etablierten parlamentarischen Parteien (SPD, Grüne, Linkspartei) fand sich am Alexanderplatz ein. So wurden in dem langen Demonstrationzug auch die sozialen Brennpunkte in der Gesellschaft sichtbar – etwa durch die Initiativen gegen den #mietenwahnsinn oder beispielsweise durch die Beschäftigten bei Ryan Air, die mit Transparenten und einem Redebeitrag während der Auftaktkundgebung auf ihre Arbeitsbedingungen und ihren Streik aufmerksam machten. Und zu den Rednern der Abschlusskundgebung gehörte Hans-Jürgen Urban aus dem IGM-Vorstand. Aber die Kritik an den sozialen Verhältnissen prägte nicht das Gesamtbild der Demonstration und die Resonanz in den Medien.

Es waren die Menschen, die erstmals in ihrem Leben (oder seit Jahren) die Demonstrationsreihen füllten. Nicht die eigene soziale Lage, sondern die politische Polarisierung, wie sie sich in den Wahlkämpfen und auf der Straße gezeigt hatte, macht ihnen Angst und ließ sie aktiv werden. Sie fürchten um den Zusammenhalt der Gesellschaft, den sie durch rechte und nationalistische Kräfte (von AfD bis CSU) in Frage gestellt sehen. Die Parolen für mehr Toleranz und Nächstenliebe, gegen Hass und Gewalt (»Hass macht hässlich«) überwogen bei ihnen. Es war eher das großstädtische, oft akademisch gebildete und sozial relativ gut situierte Milieu, das am 13. Oktober so massenhaft auf die Straße ging. Sie sehen sich in der Mehrheit gegenüber den Rassisten, was sie durch entsprechende Plakate auch zum Ausdruck brachten. Das korrespondiert mit dem Höhenflug der Grünen, der sich einen Tag später im Ausgang der bayerischen Landtagswahlen zeigen sollte. Die Grünen stehen gegen Polarisierung, für Ausgleich, Toleranz und Offenheit nach allen Seiten. Sie konnten damit Stimmen sowohl von der CSU als auch der SPD gewinnen.

Möglichkeiten und Grenzen von #unteilbar

Die riesige Beteiligung war ein Erfolg der #unteilbar-Demo; die Schlagzeilen der Medien wurden – zumindest vorübergehend – nicht mehr beherrscht von den ausländerfeindlichen Demonstrationen und Hetzjagden und deren verbaler Rechtfertigung durch die AfD bis hin zum Präsidenten des Verfassungsschutzes, Maaßen. 250.000 Menschen hatten gezeigt, dass sie die Straße nicht den Rechtspopulisten und offen auftretenden faschistischen Gruppierungen überlassen wollen; dass sie genug haben von der Verharmlosung und dem Verständnis von Politikern für die »besorgten Bürger«, die in Chemnitz demonstriert hätten.

¹ Eine Übersicht über die Unterzeichner*innen des Aufrufs gibt es auf der Internetpräsenz unter: <https://www.unteilbar.org/aufruf/>

Auf das Milieu, in dem die AfD ihre größten Erfolge erzielte, dürfte die Demonstration wenig oder keinen Einfluss haben. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

- Während 10,2 Prozent aller Wählerinnen in Bayern der AfD ihre Stimme gaben, lag deren Anteil unter den Gewerkschaftsmitgliedern bei 14,5 Prozent.
- In den Münchener Wahlbezirken mit dem höchsten Anteil an Hartz-IV-Bezieher*innen war die Wahlbeteiligung am niedrigsten und der Stimmenanteil der AfD am höchsten.

Wo die AfD in München am stärksten gewann

Die soziale Lage schlägt sich im Wahlverhalten nieder

Im Münchner Stimmbezirk 2412 an der Winterstein- oder der Stösserstraße hatte es oft die niedrigste Wahlbeteiligung der Stadt gegeben. Auch bei der aktuellen Landtagswahl war das so. Neu war, dass zum Rekord der Nichtwähler der Protest hinzukam. Nirgendwo anders erhielt die AfD so viele Stimmen wie in diesem Viertel.

[...] Bei der Landtagswahl 2018 lag hier die Wahlbeteiligung mit 35,6 Prozent am niedrigsten. Der städtische Durchschnitt betrug 72,7 Prozent. Und jeder Fünfte, der zur Wahlurne ging, machte sein Kreuz bei der AfD. Die Partei erzielte hier mit 22,9 Prozent ihr bestes Ergebnis in der ganzen Stadt. Münchenweit lag die AfD insgesamt bei 7,1 Prozent.

Dieser Zusammenhang zwischen geringer Wahlbeteiligung und hohen AfD-Anteilen galt für das gesamte Stadtgebiet. Daneben fällt auf: Je höher der Anteil an Hartz-IV-Bezieher*innen in einem Stadtbezirk war, desto mehr Sympathie erhielt die AfD. Deutlich wurde dies vor allem in den alten Arbeitervierteln im Norden und im Osten. Zum Beispiel im Stimmbezirk 1606 um die Ayinger- und Bad Schachener Straße. Sozialwohnungsblocks dominieren das Bild, und eine niedrige Wahlbeteiligung von 46,6 Prozent fiel zusammen mit einem vergleichsweise guten Abschneiden der AfD mit 17,4 Prozent.

[...] Man kann sich natürlich auch das andere Ende der Skala ansehen, etwa den Stimmbezirk 0220 in der Innenstadt östlich des Gärtnerplatzes: ein buntes Viertel mit Altbaubestand, vielen Kneipen, jungen Familien und Akademikern. [...] Die Wahlbeteiligung war mit 78,3 Prozent hoch, der Stimmanteil für die AfD war mit 1,8 Prozent niedrig. Dafür kamen die Grünen auf stolze 43,5 Prozent. [...]

Rudolf Stumberger, ND, 23.10.2018

Warum sollten Menschen, denen die kapitalistische Gesellschaft eine soziale Perspektive verwehrt, die sie nicht teilhaben lässt am kulturellen Leben, sich für deren »demokratische Werte« einsetzen? Der Aufruf und die bestimmenden Inhalte der Unteilbar-Demo gehen an ihrer Lebenswirklichkeit vorbei. »Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*- Feindlichkeit entschieden

entgegen.«² Die Menschen am Rande der Gesellschaft, von der Soziologie als bildungsferne Schicht charakterisiert, erleben diese Demokratie als eine sozial gespaltene, geteilte Gesellschaft. Die Ursachen für ihr Elend sucht die überwältigende Mehrheit von ihnen nicht in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Verantwortlich machen sie die alten parlamentarischen Parteien und deren Politiker oder das »politische System« insgesamt. Für beide Sichtweisen bietet die AfD ihre »Lösungen« an – der rechtspopulistische, parlamentarisch orientierte und koalitionsbereite Flügel um Jörg Meuthen oder der Flügel um Figuren wie Björn Höcke, der sich als Alternative zum gesamten verhassten politischen System präsentiert.

Die AfD als Blitzableiter

Die »Flüchtlingskrise« war nur der äussere Anlass, an dem sich die lang angestaute Unzufriedenheit festmachte: »Jahrelang wurde auf unsere Kosten gespart, für die Flüchtlinge ist auf einmal Geld da«, so die häufig geäußerte Sichtweise. Die AfD bediente diese Sicht der Dinge und wurde zu einem Ventil, mit deren Wahl die Unzufriedenen den »verantwortlichen Politikern und Parteien« einen Denkzettel verpassen konnten. Für den Bestand der kapitalistischen Eigentumsordnung hat sie die Funktion eines Blitzableiters, der für den berechtigten Hass »Sündenböcke« präsentiert und ihn in rechte, parlamentarische Bahnen lenkt. Der Hass artikuliert sich nur noch selten in Aktionen und Demonstrationen, wie beispielsweise noch im August 2004, als Zehntausende in den neuen Bundesländern gegen die Agenda 2010 und Hartz-IV auf die Straße gingen – folgenlos, wie wir wissen. Ihren Ausdruck findet die lang angestaute Unzufriedenheit deshalb zur Zeit in den drastischen Verlusten der beiden »Volksparteien« (und in den neuen Ländern der Linkspartei), verbunden mit der Zustimmung zu autoritären Lösungen (Einschränkung des Asylrechts, Ausbau staatlicher Repression) und dem rasanten Aufstieg der AfD. Das erschwert zwar die Regierungsbildung durch die etablierten Parteien, wie wir praktisch erleben konnten, ist aber das kleinere Übel gegenüber dem Druck durch außerparlamentarische soziale Aktivitäten.

„BILD« verteidigt den „staatstragenden Antifaschismus«

In fast allen Massenmedien fand die #unteilbar-Demo ein positives Echo. Selbst die BILD-Zeitung konnte sich dem nicht entziehen, bemerkte aber an: »Ein zweiter Blick auf die Mega-Demonstration zeigt allerdings auch Schattenseiten, die die aktuelle Polarisierung in unserem Land verdeutlichen. Denn neben aufrichtig besorgten Bürgern marschierten auch Kommunisten, Islamisten, Linksextremisten, Antisemiten und Unterstützer der säkularen Terrororganisation PKK über die Straße des 17. Juni. [...] Auch richtete sich die Demonstration keinesfalls 'nur' gegen Rechtsextreme, sondern auch gegen kurzerhand gebrandmarkte 'Hetzer', so zum Beispiel die CSU-Spitzen Horst Seehofer, Markus Söder und Alexander Dobrindt. [...] Das spaltet und steht dem Motto der Demonstration konträr entgegen. [...] Solange sich die – ganz überwiegend! – legitim protestierende Masse und vor allem die Organisatoren der #unteilbar-Demonstration nicht von Anhängern des antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Spektrums distanzieren, behalten Kundgebungen wie die vom Samstag einen üblen Nachgeschmack. Darum muss eine Forderung an die #unteilbar-Bewegung lauten: Teilt euch ... von Extremisten und Islamisten!«³

Die BILD-Zeitung bringt hier nur eine in den bürgerlichen Medien weit verbreitete Furcht zum Ausdruck: Die größer werdende soziale Spaltung und die zunehmende politische Polarisierung könnte auch auf linker Seite zur Stärkung einer antikapitalistischen Alternative beitragen, die den Boden des Parlamentarismus und der Sozialpartnerschaft in Frage stellt. Deshalb ist es richtig, dass sich die verschiedensten Gruppierungen der antikapitalistischen Linken, trotz aller »Bauchschmerzen« mit den Bündnispartnern und Kritik am gemeinsamen Aufruf an der #unteilbar-Demo beteiligt haben. Damit auch dort der Zusammenhang zwischen den sozialpolitischen Entscheidungen der verschiedensten Koalitionsregierungen und dem Aufstieg der AfD, zwischen Kapitalismus und Faschismus sichtbar gemacht wird.

A.B. 4.11.2018 ■

2 aus dem Aufruf von #unteilbar

3 BILD, 26.10.2018



Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O
von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Eine marxistische Untersuchung
der Deutschlandpolitik
der Großmächte
nach dem zweiten Weltkrieg
1945
Herausgegeben und eingeleitet
von der Gruppe Arbeiterpolitik
August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Deutschlandpolitik der Großmächte nach
dem 2. Weltkrieg
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Beiträge zur Diskussion
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung
der deutschen Städte
Gruppe Arbeiterpolitik 2008
24 Seiten A4, Broschur | 2,00 EUR



■ BUCHBESPRECHUNG

Kohei Saito, Natur gegen Kapital

Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus

Zu allen Zeiten seit dem Erscheinen des Marx'schen Hauptwerks »Das Kapital« sind Fragen gestellt worden, was uns Marx zu Umwelt und Ökologie zu sagen hat. Anlässe dazu gab es in den 1970er Jahren mit wissenschaftlichen Studien wie »Die Grenzen des Wachstums« (1972) des Club of Rome oder »Global 2000« (1977), in Auftrag gegeben von der Regierung Carter in den USA. Später folgten internationale Abkommen zur Erhaltung des Klimas wie die von Rio de Janeiro (1992) und von Paris (2015). Verschärft wird die Debatte in der gegenwärtigen Ära des akuten Klimawandels. Von Kritikern des Marxismus ist der Vorwurf erhoben worden, dass die marxistische Theorie einen unerschütterlichen Fortschrittsglauben predige, der sich darauf stütze, dass mit menschlicher Technik die Natur vollkommen beherrschbar sei, wenn nur erst die kapitalistische Gesellschaft revolutionär überwunden und die Profitlogik mit ihr verschwunden sei. Marx' Fortschrittsoptimismus leite sich demnach aus seiner Bewunderung für die kapitalistische Produktionsweise und die in ihr herrschende Bourgeoisie ab, die sich aus den entsprechenden historischen Abschnitten im Kommunistischen Manifest ergebe. Marx habe wegen dieses »Produktivkraft-Fetischs« und seiner anthropozentrischen Sicht (der Mensch als Mittelpunkt allen Geschehens in der Welt) zu Erkenntnissen über Ökologie und Umweltfragen nichts beigetragen und dazu nichts Schriftliches hinterlassen.

Man folgerte daraus einen unkritischen »Produktivismus«, den Marx angeblich vertreten, Lenin übernommen habe und der später in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten umgesetzt worden sei. Das sei aber spätestens aus heutiger Perspektive völlig verfehlt, weil die bloße gesellschaftliche Aneignung der kapitalistischen Produktionstechnik die Probleme der Knappheit natürlicher Ressourcen und der Überlastung der Ökosphäre durch Abfall- und Giftstoffe nicht umgehen könne und die Ret-

tung des Planeten so nicht machbar sei. Marx' Kapitalismuskritik sei daher geradezu kontraproduktiv; sein »unökologischer Standpunkt« sei darin begründet, dass seine Werttheorie wegen der Verabsolutierung menschlicher Arbeit die Natur als »nicht werttragend« und damit geradezu »wertlos« betrachte. Dies ist nur ein knapper Überblick über die gängigen Missverständnisse zu diesem Thema.

All dem lässt sich zunächst ein Kernsatz Marx'scher Ökologie entgegenhalten: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter (Das Kapital, Bd. I., MEW 23, S. 529).« Zumindest der technische Fortschrittsglaube ist hiermit widerlegt: Das Kapital hat nicht nur produktive, sondern auch destruktive Wirkungen und Potenzen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Marx und Engels »Naturbeherrschung« nicht als »Unterwerfung der Natur« unter den despotischen Willen des Menschen und somit als Überschreitung der natürlichen Grenzen ohne nachteilige Folgen verstanden, sondern im Gegenteil als sinnvolle und wissenschaftlich fundierte Anwendung der Naturgesetze im von der Natur gegebenen Rahmen, dem auch der Mensch als biologisches Wesen sich nicht entziehen kann.

Damit bleibt aber – oberflächlich betrachtet – die Aussage, dass Marx das Thema »Ökologie« unterschätzt und sich wenig bis gar nicht damit auseinandergesetzt habe. In einer ersten Antwort dazu lässt sich darauf hinweisen, dass der Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert (Marx lebte 1818 – 1883) noch wenig entwickelt war, seine Umweltschäden – über lokal wirksame Verhältnisse hinaus – noch geringe Aufmerksamkeit erregten und man ihnen noch relativ leicht ausweichen konnte. Marx hätte also in seiner Zeit gar nicht genügend Anschauungsmaterial und zwingende Gründe gehabt, sich mit dem destruktiven Po-

tenzial des Kapitalismus zu befassen, weil dieses Vorgehen weitgehend spekulativen Charakter gehabt hätte, was seine Sache nicht war.

Das ist zwar eine zumindest teilweise zutreffende Feststellung. Dennoch ist aber schon länger bekannt, dass sich Marx in seiner gewohnt gründlichen Wissenschaftlichkeit mit »Ökologie« (der Begriff entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts und etablierte sich seit den 1970er Jahren) auseinandergesetzt hat. Der Autor des hier vorgestellten, 2016 veröffentlichten Buches, der Japaner Kohei Saito, hat sich die Mühe gemacht, die hierzu heute zugänglichen Quellen Marx'schen Schaffens durchzusehen und zu verarbeiten. Demnach hat Marx in der Tat zur Ökologie nicht viel veröffentlicht; es beschränkt sich im Grunde – neben einigen Stellen im ersten Band des »Kapital« – auf den sechsten Abschnitt im dritten Band zu Grundrente und ihren abgeleiteten Formen Differentialrente I und II, also zu Fragen der Landwirtschaft, ihrer Ausbeutungsformen und der Bodenfruchtbarkeit. Diese von Marx begonnene Arbeit wurde aber erst von Engels beendet und nach Ansicht mancher Wissenschaftler gegenüber ursprünglichen Intentionen verändert.

Das ist aber längst nicht alles. Saito untersuchte die Manuskripte (unveröffentlichte Werkvorlagen) und Exzerpte (zum Selbstgebrauch angefertigte Auszüge aus wissenschaftlichen Werken anderer), die in der MEGA² (Marx-Engels-Gesamtausgabe) in der Abteilung IV¹ veröffentlicht sind bzw. werden. Es ist Aufgabe der marxistischen Wissenschaft, diese Werke zusammenzustellen und zu pflegen und die Erkenntnisse daraus allgemein zugänglich zu machen. Durch gründliche Untersuchung der einschlägigen, seinerzeit von Marx angefertigten Exzerptheft und Vergleiche seiner Erkenntnisfortschritte im Zeitverlauf konnte Saito die Entwicklung Marx'schen Denkens in diesem Bereich nachzeichnen. Hierbei kommt eine Fülle des Schaffens zum Vorschein. »Marx produzierte ein Drittel seiner Exzerpte in den letzten zehn Jahren seines Lebens, wobei es in fast der Hälfte der Exzerpte um Naturwissenschaften wie Biologie, Chemie, Botanik, Geologie, Mineralogie etc. geht (Saito, S. 17).« Auf diese Weise zeigt sich, wie intensiv Marx sich mit dieser Thematik beschäftigte.

Früheren Generationen von Marx-Forschern waren diese Quellen noch weitgehend unzugänglich, was einen Teil der eingangs angesprochenen Missverständnisse zu Marx' Verhältnis zur Ökologie erklären mag. Einer der Bearbeiter der IV. Abteilung der MEGA² schreibt zu deren allgemeiner Bedeutung: »Die Quellengruppe Exzerpte, bibliographische Notizen und Marginalien bildet die materiale Basis der geistigen Welt und des Werkes von Marx und Engels, sie ist für die Marx-Engels-Forschung und -Edition der Schlüssel zur geistigen Werkstatt beider Autoren und damit (...) der gebotene Zugang zum zeitgenössischen Kontext des historischen Marx bzw. Engels« (zitiert nach Saito, S. 18). So zeigt – nach Auffassung Saitos – die Untersuchung der Exzerpte, dass Marx sich keine bloß optimistische Vorstellung der Zukunft auf der Basis einer unendlichen Entwicklung der Produktivität machte, sondern dass er im Gegenteil die stofflichen Naturgrenzen der menschlichen Produktion deutlich erkannte, um die spannungsvolle Beziehung zwischen Kapital und Natur als zentralen Widerspruch des Kapitalismus zu erörtern.

Allerdings, so muss einschränkend gesagt werden, dachte Marx nicht von Anfang an »ökologisch«, sondern entwickelte seine Auffassung im Fortgang seiner Beschäf-

tigung mit naturwissenschaftlichen Werken und Erkenntnissen. Durch die Rekonstruktion des Marx'schen Arbeitsprozesses entlang der naturwissenschaftlichen Exzerpte in diesem Buch wird – nach Auffassung Saitos – deutlich, wie in Marx' Projekt die Ökologie stetig an Bedeutung gewann und er in der Konsequenz seine frühere optimistische Einschätzung des emanzipatorischen Potenzials des Kapitalismus ganz bewusst korrigierte.

Der Gang der Darstellung

Im ersten von zwei Teilen dieses Buches geht es um das Verhältnis von *Ökologie und Ökonomie* im Werk von Marx. Darin beschäftigt sich Saito mit zwei grundlegenden Begriffen und ihrer Rezeptionsgeschichte bei Marx: Entfremdung und Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur.

Mit »Entfremdung« meint Marx zunächst die Realität im Produktionsprozess, in der der Arbeiter seine Tätigkeit in einem Produkt vergegenständlicht, das jedoch nicht ihm gehört (sondern dem Kapitalisten, für den es eine zu veräußernde Ware ist). Weder befriedigt es seine Bedürfnisse noch bestätigt es seine kreativen Fähigkeiten. Das Resultat der Arbeit erscheint ihm zweiteils vielmehr als eine fremde, selbständige Macht. Drittens entfremdet die lohnabhängige Arbeit ihn von der Natur und viertens von anderen Menschen. Arbeit im Kapitalismus (auch in vorkapitalistischen Ausbeutungsformen) ist also nicht Selbstzweck, sondern Entfremdung, Verarmung, Vereinzelung und Entmenschlichung. Daraus entsteht die radikale Forderung nach Aufhebung dieser Verhältnisse. Der junge Marx »entwirft den Kommunismus als Ziel eines geschichtlichen Prozesses, in dem der Mensch seine Entfremdung durch eine Revolution überwindet und die absolute Einheit zwischen Mensch und Natur als Gattungswesen realisiert« (S. 31).



Kohei Saito,
Natur gegen Kapital.
Marx' Ökologie in seiner
unvollendeten Kritik
des Kapitalismus,
Campus-Verlag,
Frankfurt/New York 2016,
328 Seiten

Saito bezeichnet diese Auseinandersetzung mit dem Begriff der Entfremdung als die philosophische Periode von Marx. Die »Deutsche Ideologie« und die »Feuerbachthesen« markieren demnach das Ende dieser Phase und die Hinwendung zur politischen Ökonomie und zu den Naturwissenschaften, damit zu einer endgültig materialistischen Auffassung. Dies sei aber »nur ein neuer Abschnitt derselben lebenslangen Forschung« (S. 66). Darin nimmt nun der Begriff des »Stoffwechsels« eine zentrale Bedeutung ein.

In den nächsten beiden Abschnitten breitet Saito eine Fülle von Facetten dieser Begrifflichkeit aus, beginnend mit der schlichten Feststellung: »Alles Lebendige muss mit seiner Umwelt im ununterbrochenen Austausch stehen, wenn es auf dem Erdball leben will (S. 67).« »Stoffwechsel« meint das, was wir heute allgemein mit »Ökologie« be-

¹ In der MEGA² sind in Abteilung I zusammengefasst alle veröffentlichten Werke und Aufsätze von Marx und Engels, in II »Das Kapital« in allen Fassungen sowie Vor- und Nacharbeiten, in III der Briefwechsel zwischen Marx und Engels und mit Dritten.

zeichnen. Darin wirken einerseits die »*übergeschichtliche Mensch-Natur-Beziehung*«, andererseits die unterschiedlichen Formen und Produktionsweisen jeder geschichtlichen Stufe. Die Resultate dieser einzelnen Phasen sind jedoch nicht gleichgültig. Marx' Kritik ermöglicht die »*einzigartige Einsicht in den qualitativen Unterschied der kapitalistischen Produktionsweise zu allen vorherigen*« (S. 68) und damit in die Mittel und Strategien der Überwindung des Kapitalismus. Im folgenden werden weitere komplexe Aspekte genauer beleuchtet, etwa der »*Arbeitsprozess als übergeschichtlicher Stoffwechsel*« und die »*kapitalistische Transformation des Stoffwechsels*«, die im ersten Band des »Kapital« erscheinen. Hier zeigt er auf, wie der kapitalistische Produktionsprozess die Arbeitskraft zerstört, denn das Kapital »*fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann*« (MEGA² II/6: S. 269, hier zitiert nach Saito, S. 147).

Ebenso geht es mit der Natur um. Hier kommt das oben erwähnte Verhältnis zum Tragen, dass die unberührte Natur »nichts kostet«, marxistisch gesprochen: keinen Wert (im marxistischen Sinne) hat, der ihr in einem Arbeitsprozess erst übertragen wird. »*Das Kapital bezahlt nur für den Wert als Vergegenständlichung abstrakter Arbeit und keineswegs für die gesellschaftlichen und natürlichen Kräfte, die nicht in den Verwertungsprozess eingehen, während es sich die daraus resultierenden Mehrprodukte vollständig aneignet* (S. 152).« Und: »*Davon profitiert das Kapital: Durch intensive und extensive Exploitation der Natur kann das Kapital nicht nur die Produktivität steigern, sondern dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken* (S. 153).« Deshalb sind Maßhalteappelle sinnlos, wenn sie nicht mit konkretem politischen und gesellschaftlichen Druck einhergehen, und deshalb führen andererseits massive Schäden wie Wasserverseuchung oder CO²-Emissionen nicht unmittelbar zur Einsicht in die drohende Katastrophe.

Marx zog aus alledem die Konsequenz, dass er sich mit Naturwissenschaften gründlich auseinandersetzen musste, um sein Hauptwerk, die umfassende Analyse des kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsprozesses, zu vollenden. Im zweiten Teil (*Marx' Ökologie und die Marx-Engels-Gesamtausgabe*) beschreibt Saito, wie Marx diese Aufgabe anging. Er war natürlich abhängig von dem Forschungsstand seiner Zeit. Dementsprechend finden wir im dritten Band des »Kapital« seine (unvollendeten) Ausführungen zur Bodenrente (d. h. zur kapitalistischen Landwirtschaft). Dafür rezipierte er die Werke der wichtigsten Agrarwissenschaftler seiner Zeit, allen voran Justus von Liebig und seine »*Agrikulturchemie*«, die zur neuen naturwissenschaftlichen Basis für seine Kritik am Gesetz des abnehmenden Bodenertrags wurde.

»*Allerdings verabsolutierte Marx Liebig's Agrikulturchemie nicht, wie wichtig dessen Theorie des Stoffwechsels für seine Kritik des Kapitalismus auch war. Wie im 6. Kapitel ausgeführt wird, beschäftigte Marx sich im Jahr 1868 gleich nach der Veröffentlichung des ersten Bandes des Kapital mit weiteren naturwissenschaftlichen Schriften, und zwar mit solchen, die Liebig's Theorie der Bodenerschöpfung kritisierten. Schon bald relativierte er seine Bewertung Liebig's und propagierte noch leidenschaftlicher die im Kommunismus zu verwirklichende Notwendigkeit des vernünftigeren Umgangs mit der Natur. In der historischen Untersuchung*

des Liebig-Kritikers Carl Fraas entdeckte er sogar eine 'sozialistische Tendenz'. Wenngleich Marx später diese neue Wertschätzung für Fraas nicht völlig in das Kapital integrieren konnte, kann man anhand des Fraas-Exzerpts erkennen, warum die Naturwissenschaften für Marx' Studien nach 1868 eine zunehmende Bedeutung gewannen. Das Jahr 1868 markiert eine neue Periode der Marx'schen Kritik des Kapitalismus. (S. 21)«

Mit dieser Zusammenfassung des zweiten Teils möchte ich schließen. Zu einer differenzierteren Darstellung fehlt hier nämlich der Raum. Zudem verfüge ich nicht über genügend naturwissenschaftliche Kenntnisse, speziell des Forschungsstandes zu Marx' Zeiten, um diese Zusammenhänge und das Fortschreiten von Marx' Arbeiten in diesem Bereich kompetent referieren zu können. Aber gerade auch diesen Teil des Buches habe ich mit Gewinn gelesen, weil er mir bislang unbekannte Aufschlüsse und Eindrücke des wissenschaftlichen Arbeitens von Marx vermittelte.

Fazit

Bereits im letzten Abschnitt der Einleitung hat der Autor ein Fazit vorweggenommen:

»*Trotz ihrer Unvollendetheit erlaubt uns Marx' politische Ökonomie also, die ökologische Krise als Widerspruch des Kapitalismus zu behandeln, indem sie die Dynamik des kapitalistischen Systems darstellt, der zufolge der schrankenlose Trieb des Kapitals die stofflichen Bedingungen seiner Verwertung untergraben und schließlich gegen die Grenze der Natur prallen muss. Der Ausdruck 'Natur gegen Kapital' meint allerdings freilich nicht, dass die Natur automatisch gegen den Kapitalismus wirken und zu dessen Ende führen würde. Der Kapitalismus könnte immer weiter von der rücksichtslosen Ausbeutung des Naturreichtums profitieren, bis die Natur derartig zerstört ist, dass ein großer Teil der Erde unbewohnbar würde. In Marx' Theorie des Stoffwechsels nimmt jedoch die Natur einen bedeutenden Stellenwert für den Widerstand gegen das Kapital ein. Denn das Kapital kann die Natur nicht willkürlich unter seine ökonomischen Formbestimmungen subsumieren, sondern es zerstört die fundamentale materielle Bedingung der freien menschlichen Entwicklung in immer größerem Umfang. Marx erkennt in der Zerstörung der Umwelt durch das Kapital die Chance auf die Bildung einer neuen revolutionären Subjektivität, die eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise fordert, um die freie und nachhaltige Entwicklung des Menschen zu verwirklichen.* (S. 21/22)«

Man muss dem nicht vorbehaltlos zustimmen, insbesondere die hier sehr vage erscheinende »*neue revolutionäre Subjektivität*« nicht ohne weiteres akzeptieren. Aber es lohnt sich, sich mit dem Argumentationsgang auseinanderzusetzen, der zu dieser Schlussfolgerung führt (Saito meint mit dem Begriff offensichtlich eine Arbeiterklasse, die in ihrem Eigeninteresse am Überleben des Planeten auch ökologische Forderungen aufnimmt und sich daran politisiert). Wenn schon Marx in seiner Zeit das destruktive Potenzial des Kapitalismus im Verhältnis von Ökonomie und Ökologie erfasste, dann haben wir in unserer Zeit der zugespitzten Krisendynamik (Klimawandel, Verkehrsunfall etc.) erst recht allen Grund dazu. Das Buch zeigt, dass die marxistische Theorie hierfür die richtigen Einsichten bereitstellt.

F.D. 1.11.2018 ■



Streikposten vor der Meyer-Werft in Turku, Finnland

■ KORREZSPONDENZ AUS FINNLAND: STREIKS GEGEN NEUE ARBEITSGESETZGEBUNG

Beschäftigte solidarisch mit Erwerbslosen

Unter dem Titel »Den DGB-Gewerkschaften ins Stammbuch« hatte die ARPO (2/3 2018) über Solidaritätsstreiks von 200.000 finnischen Arbeiter*innen und Angestellten im Februar 2018 für ihre arbeitslosen Kolleg*innen berichtet. Die Mitte-Rechts-Regierung (s. arpo 2/3 2018) wollte Beschäftigte, die länger als drei Monate arbeitslos waren, verpflichten, sachgrundlos befristete Arbeitsverträge zu unterschreiben.

»Es ist wichtig, dass alle Arbeiter und Arbeiterinnen die gleichen Rechte haben«, rief der Vorsitzende des finnischen Gewerkschaftsbundes (SAK) am 2. Februar den 10.000 Kolleg*innen auf der zentralen Kundgebung in Helsinki zu. Unter dem Druck der Gewerkschaften musste die Regierung ihr Vorhaben zurückziehen.

Dann holte die Regierung einen weiteren Entwurf aus dem auch in Deutschland seit der Agenda 2010 bekannten neoliberalen Zauberkasten: die Aufweichung des Kündigungsschutzes in Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Dieses Gesetzesvorhaben hatte die Regierung verkündet, ohne den Gewerkschaften das in Finnland übliche Recht zur Stellungnahme einzuräumen.

Auch diesmal hielten die Gewerkschaften dagegen. Im September und Oktober veranlassten sie die Verweigerung von Überstunden durch Beschäftigte im Dienstleistungssektor und in der Auto- und Transportbranche und am 3. Oktober 2018 rief der SAK die Mitglieder erneut zu einem eintägigen Solidaritätsstreik auf. Im ganzen Lande legten 30 000 Kolleg*innen die Arbeit nieder: 4.500 der Gewerkschaft der Lebensmittelindustrie (SEL), 1.000 des Verbandes der Elektriker*innen, Mitglieder der Industriearbeitergewerkschaft in ca. 150 Betrieben, darunter Meyer-Werft

in Turku, Wärtsilä-Schiffsmotoren und ABB-Motoren und Transformatoren, außerdem viele Mitglieder der Gewerkschaft der Dienstleistungskräfte (PAM).

Es war eine weitere Kampfansage der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Rechte. Und wieder machte die Regierung einen Rückzieher. Erst wollte sie den Kreis der Betroffenen einschränken auf Beschäftigte in Betrieben mit höchstens 10 Beschäftigten, schließlich zog sie das Vorhaben ganz zurück.

Dass sich die Regierung unter dem Druck der Streiks außerdem noch gezwungen sah, zu den Dreierverhandlungen Gewerkschaft / Unternehmerverband / Regierung zurückzukehren, die sie einseitig aufgekündigt hatte, verbuchten die mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsführer als politischen Erfolg. Mag auch der Gedanke mitgespielt haben, durch die Aktionen des Jahres 2018 der oppositionellen Sozialdemokratie etwas Schwung zu verleihen für die im April 2019 anstehenden Reichstagswahlen, so waren die Arbeitskämpfe doch ein recht eindrucksvoller Beleg dafür, dass mutige Gewerkschaften dem neoliberalen Mainstream etwas entgegen zu setzen haben. Welch ärmliches Bild geben dagegen die DGB-Gewerkschaften ab! Aber ohne die Bereitschaft der Belegschaften auch von exportorientierten Großbetrieben, sich für die Belange anderer Kolleg*innen und der Arbeitslosen einzusetzen, wären die Erfolge nicht denkbar. Sie sind Beweis für das in der finnischen Arbeiterklasse lebendige Bewusstsein der Solidarität. Diese Streikmaßnahmen führten erneut zu Diskussionen über die Berechtigung des politischen Streiks. Die Mehrheit der befragten Bürger- und Bürgerinnen halten dieses Recht auch weiterhin für notwendig.

E.B. 1.12.2018 ■